Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Amt 4 Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen einschließlich 1.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Reinmerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Reinmerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kompareilleizeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefhinterlegung 30 Pf.

Nr. 44 | Dresden, Dienstag den 22. Februar 1921 | 32. Jahrg.

372 Abgeordnete gewählt

Berlin, 22. Februar. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen aus 29 von 32 Wahlkreisen können 372 Landtagsabgeordnete als gewählt gelten, und zwar 66 Deutschnationale, 52 Deutsche Volksparteiler, 78 Zentrumsabgeordnete, 21 Demokraten, 100 Sozialdemokraten, 24 Unabhängige, 27 Kommunisten und 4 Wirtschaftsparteiler. Diese Uebersicht ergibt sich aus den Wahlen nach den Kreiswahlvorschlägen, aus der Berechnung der Reststimmen in den Verbindungserklärungen und aus der Berechnung der Reststimmen für die Landeswahlvorschläge. Es fehlen noch die Ergebnisse aus den Wahlkreisen 15 (Gelsenkirchen) und 20 (Köln-Aachen).

•

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 22. Februar. Nach vorläufigen Feststellungen von amtlicher Seite fallen die Fraktionen im neuen Landtag, einschließlich der bisherigen 22 Mandate in Oberschlesien, in folgender Stärke zusammen werden: Mehrheitssozialisten 111 (94 gewählte Abgeordnete, 411 286 Reststimmen und 7 Mandate aus Oberschlesien), Zentrum 83, Demokraten 25. Somit ist die Stärke der bisherigen Koalitionsfraktionen 219 Abgeordnete. Dem stehen die Oppositionsparteien mit 153 Mandaten gegenüber. Sie verteilen sich im einzelnen: Deutschnationale 73, Unabhängige 28, Deutsche Volkspartei 36, Wirtschaftspartei 2, Welfen und Schleswiger 6, Vereinigte Kommunisten 30. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 12 [illegible] 338.

•

Das endgültige Ergebnis der preußischen Landtagswahlen liegt auch heute noch nicht vor, aber die bisher vorliegenden Ziffern bestätigen das, was schon gestern gesagt werden konnte.

Voraussichtlich wird eine, wenn auch knappe Mehrheit für die alte Koalition vorhanden sein, ob es freilich auch wird, wieder eine Regierung aus den gegenwärtigen Koalitionsparteien zu bilden, muß vorläufig dahingestellt sein. Das Bestreben unsrer Partei muß es sein, auch die Unabhängigen zur Mitwirkung und zur Mitverantwortung heranzuziehen. Die U. S. P. hat ja durch den Ausfall der Freukenwahlen gesehen, wohin sie mit ihrer bisherigen Taktik kommt. Derjenige Teil der Arbeiterschaft, der noch immer damit zufrieden ist, daß seine Vertreter im Parlament sich auf die Produktion von vielen Worten und vielen Radau beschränken, geht sowieso zu den Kommunisten. Diejenigen Arbeiter, die halbwegs zu denken anfangen, verlassen aber immer nicht die U. S. P., weil sie nur eine Partei unterstützen wollen, die die ihr bei den Wahlen verliehene politische Macht nicht auch so gut wie möglich im Interesse der Arbeiterschaft auszunützen versteht.

Von unserm Parteiinteresse aus gesehen, kann es uns ja nur recht sein, wenn die Unabhängigen sich durch eine falsche Taktik immermehr ruinieren und wir das erben, was bei ihnen jetzt überhaupt noch zu erben ist. Im Interesse des gesamten Sozialismus aber wünschen wir, daß das, was heute noch an politischem Gewicht bei der U. S. P. vorhanden ist, möglichst bald zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft in die Wagschale geworfen wird.

Berlin, 22. Februar. Das Berliner Tageblatt untersucht die Frage, ob durch das Ergebnis der Landtagswahlen die alte preußische Koalitionskoalition gesichert sei und kommt zum Schlusse, daß durch die Wahlen die Koalition eine Stärkung erfahren habe, der eine erhebliche Schwächung der Opposition der Linken gegenüberstehe, während der Zuwachs der Deutschnationalen den Verlust der Deutschen Volkspartei nur um ein Drittel Mandate überflügeln dürfte. In einem Aufrufe zur Einigkeit fordert der Vorwärts die Unabhängigen zum Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auf. Eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Parteien bestehe nur in der Frage des Zusammengehens mit den Bürgerlichen. Die Einigkeit der Sozialisten sei erforderlich sowohl zum Kampfe gegen die Rechtsparteien wie auch gegen den Terror der zersplitternden kommunistischen Minderheiten.

•

Ergebnis der Reichstagswahl in Schleswig-Holstein

Kiel, 22. Februar. Auf Grund der nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahl in Schleswig-Holstein entfallen auf die Deutschnationalen 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1, Sozialdemokraten 4 Mandate. Für den Preußischen Landtag sind als gewählt zu betrachten 3 Deutschnationale, 3 Deutsche Volksparteiler, 1 Demokrat, 6 Sozialdemokraten und 1 Kommunist.

•

Wahlsieg in Hamburg

Hamburg, 20. Februar. Nach einem glänzend geführten Wahlkampf gegen die Reaktionäre von rechts und links, die sich lebhaft bemühten, die sozialdemokratische Mehrheit zu beseitigen, hat die Sozialdemokratie Hamburgs am 20. Februar einen glänzenden Sieg davongetragen. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen schwächer als bei der Reichstagswahl im vorigen Jahre. Die einzige Partei, die trotzdem an Stimmen gewonnen hat, ist die Sozialdemokratische Partei. Gegen 215 000 Stimmen im Vorjahre konnte sie 217 195 Stimmen verzeichnen. Deutsche Volkspartei, Demokraten und Deutschnationale haben gegen die Reichstagswahl erheblich verloren. Bezeichnend ist, daß Kommunisten und U. S. P. in der jetzigen Wahl zusammen 60 230 Stimmen aufzuweisen haben, während die U. S. P. allein in der Reichstagswahl 84 494 Stimmen zu verzeichnen gehabt hat. Die Mandatsverteilung läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, da nach ganz geringen Resultaten auf dem Landgebiet ausstehen, jedoch steht schon jetzt fest, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei in die Bürgerschaft einzieht und daß die Regierungsmehrheit aus Sozialdemokraten und Demokraten fest gesichert ist.

Hamburg, 21. Februar. Die gestern vorgenommenen Wahlen zur Bürgerschaft ergaben die folgende Verteilung der Mandate, wobei die bisherige Mandatsziffer in Klammern angegeben ist: Deutschnationale 19 (4), Deutsche Volkspartei 24 (13), Demokraten 22 (38), Mehrheitssozialisten 71 (62), Unabhängige 9 (13), Kommunisten 15 (bei der vorigen Wahl hatten sich die Kommunisten der Stimme enthalten). Der rechtsgerichtete Wirtschaftsbund erhält 6 (7) Mandate, die Grundeigentümer 3 (4). Die Wahlbeteiligung war schwächer als bei den letzten Wahlen.

•

Die Bremer Bürgerschaftswahlen

Bremen, 21. Februar. Das Ergebnis der bremischen Bürgerschaftswahlen stellt sich nach den Angaben des Statistischen Amts folgendermaßen: Es wurden abgegeben insgesamt bürgerliche Stimmen 97 414, sozialistische Stimmen 96 868. Damit haben die Bürgerlichen eine Mehrheit von 3796 Stimmen erzielt. In der Stadt Bremen erhielten: Deutschnationale 6026 (am 6. Juni 1920: 6067), Deutsche Volkspartei 33 646 (30 730), Demokraten 28 220 (19 978), Zentrum 3660 (2812), Kleinhandel 3527 (6102), Mehrheitssozialisten 35 070 (35 337), Unabhängige 35 708 (46 743), Kommunisten 11 257 (7482). Die Sitze zur Bürgerschaft verteilen sich wie folgt: Deutschnationale 6 (8), Deutsche Volkspartei 26 (22), Zentrum 2 (2), Kleinhandel 6 (8), Demokraten 19 (16), Mehrheitssozialisten 26 (28), Unabhängige 25 (37), Kommunisten 7 (5). Die bisher sozialistische Mehrheit ist beseitigt. Die Unabhängigen haben 11 000 Stimmen, meist nach rechts, verloren. Die Wahlbeteiligung war sehr rege, sie war besser wie bei dem Volksentscheid am 9. Januar. Es haben im Durchschnitt 93 v. H. sämtlicher Wahlberechtigten gewählt.

Ernährungskonferenz

Eigene Drahtmeldung

München, 22. Februar. In München begann gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes die Konferenz der Ernährungsminister. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung darin, daß für die freie Wirtschaft bezüglich des Getreides die Zeit noch nicht gekommen sei, daß ferner die öffentliche Getreidebewirtschaftung in irgendeiner Form nicht entbehrt werden könne.

Als die geeignete Form sah die weitaus überwiegende Mehrheit der Versammlung das Umlageverfahren an.

Im Laufe der Besprechungen wurden Bedenken geäußert gegen die von der Kommission des Reichswirtschaftsrats vorgeschlagene Einführung eines Monopols für den Umlauf von Getreide. Der Reichsminister Dr. Hermes gab die Erklärung ab, daß er diese Bedenken teile. Ferner erklärte er, daß vom 16. März an die Zuckerration des Kochmehles verbessert werden soll, indem es von da an nur noch zu 70 Prozent zugemahlen wird.

Keine getrennte Abstimmung

Paris, 22. Februar. Der Temps meldet aus London: Der Oberste Rat hat beschlossen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien gemeinsam am 20. März stattfinden soll. Zur Sicherung der Abstimmung werden vier englische Bataillone nach Oberschlesien entsandt werden. An der Richtigkeit dieser Nachricht ist kaum zu zweifeln. — Wie wir auf Anfrage an zuständiger deutscher Stelle vernehmen, ist hier über diesen Beschluß bisher noch keine Nachricht eingelaufen.

Das Mißtrauensvotum für Albert Thomas

Genf, 22. Februar. In der letzten Sitzung der französischen Sozialistischen Partei wurde der Abg. Albert Thomas aufgefordert, entweder das Abgeordnetenmandat oder den Posten des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, das in Frankreich von den Sozialisten als kapitalistisches Organ betrachtet wird, niederzulegen. Albert Thomas ist entschlossen, der Aufforderung nicht Folge zu leisten, da er sowohl bei seiner Wahlerin wie auch bei den Gewerkschaften, die in der Amsterdamer Internationale vertreten sind, völliges Vertrauen genießt.

Demonstrationen in Kassel

Kassel, 21. Februar. Heute nachmittag um 4 Uhr wurde in sämtlichen Fabriken die Arbeit eingestellt. Etwa 20 000 Arbeiter versammelten sich auf dem Ruf der Sozialdemokratischen Partei auf dem Friedrichsplatz, um dort gegen jeden Versuch, den monarchistischen Gedanken wiederaufleben zu lassen, Protest zu erheben. Den Anlaß für diese Demonstration gab ein eigenartiger Vorfall in der vergangenen Nacht. Von unbekannten Tätern war die Villa des Oberbürgermeisters Scheidemann verbarrikadiert worden, so daß der Oberbürgermeister in einem Hotel übernachten mußte. Die sozialdemokratische Parteileitung macht diesen Vorfall den Deutschnationalen zum Vorwurf. Die Arbeiter zogen im langen Zuge durch die Straßen der Stadt, am Polizeipräsidium vorüber nach der Kasseler Allgemeinen Zeitung, dem deutschnationalen Organ. Unterwegs wurden große Demonstrationsreden gehalten.

Könntet ihr alles vergessen?

Von Karl Pinkau, M. d. R.

Gegenwärtig hört man oft den Ausspruch: „Im Kaiserreich war es schöner als in der Republik!"

Ist das wahr? Wir sagen nein! Es ist die alte Erscheinung, daß der Mensch das Schlechte, Unangenehme schnell vergißt und nur das Schöne in seiner Erinnerung hatten bleibt. So erzählt manches Soldat im Zivilleben gern die Erlebnisse der mancherlei schönen Stunden beim Militär, die gewissen, kleinlichen Schikanierungen seiner Vorgesetzten verschweigt er. Dieselbe Erscheinung haben wir im Volksleben. So sagen viele Menschen jetzt öfters, daß man für wenige Pfennige vor dem Kriege sich schöne Sachen kaufen und sich satt essen konnte. Allgemein stimmt das, daß eher auch vor dem Kriege, wo doch das deutsche Volk so zufrieden im Golde schwamm, viel elende Verhältnisse herrschten und Schulkinder hungerten, das hat man vergessen, und deshalb wollen wir in Nachstehendem das Gedächtnis dieser Vergeßlichen auffrischen.

Wir erinnern daran, daß in den 90er Jahren in der Sonneberger Spielwarenindustrie Wochenlöhne von 3,50 bis 4,50 M. gezahlt wurden, in der Korbwarenindustrie in Oberfranken und Kulmbach sich der Lohn pro Kopf auf 40 Pf. pro Tag stellte, daß in der Leuthen die Weber bei 12—14stündiger täglicher Arbeitszeit 7—9 M. pro Woche verdienten!

Im November 1901 wurde in der Dresdner Zeitung von Lehrern berichtet, daß sie in ihrer Schule Untersuchungen veranstaltet und dabei festgestellt hätten, daß seit Monaten 25 bis 30 Prozent ihrer Schulkinder kein Mittagbrot hatten.

Mitte November 1909 fand in rheinischen Blättern ein Aufruf in dem es hieß:

Die letzte amtliche Zählung hat ergeben, daß die Rheinprovinz 10 000 unterernährte Kinder unter 10 Jahren hat. Von diesen armen Geschöpfen, die zum Teil in trübsinniger Armut ein menschenunwürdiges Dasein führen, können mindestens 30 Prozent, also reichlich 3000, vollständig geheilt oder bestens 30 Prozent, also reichlich 3000, vollständig geheilt oder so weit gebessert werden, daß sie nicht mehr als Krüppel zu betrachten wären. Der Aufruf sagt, daß der Staat nichts für die armen Kinder tut, daß durch milde Gaben Geld gesammelt werden, damit blieben die Kinder Krüppel. Unterzeichnet war der Aufruf u. a. mit von dem Wm. Erlmann.

Am 13. März 1911 erschien im Leipziger Tageblatt ein Aufruf: „Dringende Bitte an alle, die ein Herz für die Kinder haben!" Es heißt es unter anderem: „Daß Kinder durch jahrelange Vermehrung, durch übermäßige Erwerbsarbeit geistig und körperlich verkümmern, daß sie durch Not und Gewissenlosigkeit ihrer „Ernährer" sittlich, moralisch und körperlich verkommen, um, um, und schließlich dem Staat zur Last anheimfallen. Wir bitten um Geldspenden". — Unter Leipziger Kinderfreunde, Geheimer Rat Prof. Dr. Sohm, Geheimer Leipziger Kinderfreunde, Geheimer Rat Prof. Dr. Sohm, Geheimer Rat Dr. Trubes und noch sehr weitere hervorragende Bürger der Stadt Leipzig hatten diesen Aufruf unterschrieben.

Am 8. Januar 1906 erschien in der Dresdner Zeitung ein Aufruf, in dem es hieß:

„Nach amtlichen Feststellungen sind in Dresden 400 Kinder vorhanden, die hungern, die die notwendigste Nahrung nicht haben, die sie zum notdürftigen Wachstum brauchen usw."

Dieser Aufruf erschien zum Abschlußbericht Gründungsjubiläum des Deutschen Reiches. Man hat um milde Gaben damit der Hunger der Kinder gestillt werden könnte. Unterzeichnet war der Aufruf von Oberbürgermeister Beutler und sämtlichen Spitzen der Dresdner Gesellschaft. — In Zeiten des Geldüberflusses: hungernde Kinder!

Wie sieht es der reiche Staat für die Vaterlandsverteidiger, für die Militärinvaliden von 1864/66 und 1870/71? 1000 Tage in Berlin in Kellerlöchern eine Invalidenversammlung. Herr Grebow, Vorsitzender des Verbandes der Militärinvaliden, berichtet über eine Petition, die die Lage der Invaliden bessern sollte. Er schilderte, daß die Kameraden Hunger leiden, er rüttelte auf, wenn es heißt: „Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist", so fügen wir hinzu: „Gebt unsern Invaliden Brot, damit sie nicht vor Elend in die Grube fahren". Jetzt bekommen die Erwerbslosen monatlich 10 Mark. Da muß man stehlen oder betteln, wenn man nicht verhungern will. Da wir nichts bekommen, wollen wir eine Sterbekasse gründen, damit die Mitglieder der Notwendigkeit entholten sind, im Todesfall sich auf Kosten der Armenkasse begraben zu lassen. Er berichtete weiter, ein kürzlich verstorbener Leutnant a. D. Stadach habe dem Kampverein 15 000 M. vermacht — die invaliden Kameraden könnten hungern. Für uns habe man kein Geld.

Hat man das alles vergessen?

Im Freiburger Tageblatt (Nr. 37, 1918) baten ehemalige Veteranen um abgelegte Kleider, damit sie bei stürmenden Todesfällen ihrer Kameraden einen halbwegs anständigen Anzug anlegen könnten!

Habt ihr vergessen, daß 1910 der preußische Staat für die Gefängnisverwaltungen rund 11 400 000 M., dagegen sämtliche Krankenkassen Deutschlands an Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützungen nur 6 790 157 M. ausgab. Dagegen gibt die durch den Krieg arm gemachte Republik gegenwärtig für Wöchnerinnen und Schwangere jährlich 121 Millionen Mark aus. Spricht das zugunsten des alten Staates?

1909 kamen in Preußen 127 000 Frauen ohne jede Hilfe einer Hebamme nieder. Hat man das auch vergessen?

Der Sächsische Augenheilverein, Sitz Dresden, teilte in seinem 80. Jahresbericht mit, daß die sächsische Regierung die jährliche Staatsbeihilfe auf 3425 M. herabgesetzt habe. Der Verein behandelte eine Augenkranke unentgeltlich; sie mußte es jetzt abweisen, da er nicht die Mittel habe, sie weiter zu behandeln. Im demselben Jahre aber bewilligte die konservative Mehrheit des sächsischen Landtags dem Dresdner Kampverein 15 000 M. mehr. Das war im alten Staat!

Die Vertreter der verschiedenen Universitäten führten vor dem Kriege bittere Klage, daß ihnen die notwendigen Mittel für Ausstattung der Universitäten fehlten; Krankenhäuser gemangelten der notwendigen Betten und Apparate; die Universitäten konnten wegen Mangels an Mitteln nicht die notwendigen Neuanschaffungen ausführen, weil sie vom reichen Staat die nötigen Mittel nicht erhielten.

Die Sternwarte in Treptow konnte nur mit Hilfe der freien Gewerkschaften, die für 100 000 M. gestiftete

im voraus kaufen, aufgebaut werden. Der reiche Staat hatte dafür kein Geld!

Am 14. Februar 1912 fand in der Solinger Freiheitzeitung, der Waisenrat die Orts werde am Sonntag im Gasthof zwei Mädchen von 2 und 4 Jahren mittellosen in gute Pflege unterbringen.

Das sind einige Beispiele von den Zuständen im alten Reich, in einer Zeit, wo, gemessen an der heutigen, Deutschland buchstäblich im Geld schwamm.

Wenn heute Not und Kinderelend vorhanden sind, so ist es die Asche des fluchwürdigen Krieges, den das alte Regiment und seine Kriegshetzer heraufbeschworen und nicht durch einen Verständigungsfrieden abschließen wollten. Nur sie sollte der tausendfältige Fluch aller Notleidenden, nicht auf die bettelarme Republik, die das Unheil ausbaden und heilen muß. Der Arzt, der den Kriegsschaden behandelt, ist nicht der Schuldige, sondern der, der den Krieg verursacht hat.

Krasinski und Chauvin

Paris, 21. Februar. Ministerpräsident Briand und der polnische Außenminister Sapieha haben am 19. Februar ein politisches Abkommen unterzeichnet. Es enthält erstens die Verpflichtung der beiden Regierungen, sich über alle auswärtigen Fragen der beiden Staaten mit einander zu verständigen. Der zweite Vertrag betrifft den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die beiden Regierungen wollen sich gegenseitige Unterstützung zuteil werden lassen, um ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln und Sonderabkommen und einzelne Handelsverträge mit einander abzuschließen. Der dritte Vertrag ist ein Defensivbündnis, durch das sich beide Regierungen im Falle eines provozierten Angriffes die gemeinsame Verteidigung ihres Gebietes zusichern. Der vierte Vertrag endlich verpflichtet die beiden Regierungen, sich gegenseitig zu beraten, bevor sie neue Abkommen schließen, die ihre Politik in Mittel- und Osteuropa betreffen.

Der Temps erklärt, daß das Sonderabkommen wirtschaftlicher Art fast fertiggestellt sei und in aller Kürze unterzeichnet würde. Von dem Inhalt des französisch-polnischen Abkommens wurde heute vormittag seitens der französischen Regierung den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Englands, Italiens, Japans und Belgiens Kenntnis gegeben.

Spanische Aufträge für die deutsche Industrie

Madrid, 22. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Der Staat schießt den Eisenbahnern 45 Millionen Peseta für den Ankauf von 95 Lokomotiven, lieferbar vor Ende Oktober, vor. Sämtliche Lieferungen wurden der deutschen Industrie zugeschlagen.

Hilferufe aus Georgien und Litauen

Die Zentralkomitees der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Georgiens erlassen folgenden Hilferuf an die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften Europas:

Die Sowjets haben ohne jeden Vorwand den Friedensvertrag vom 7. Mai vorigen Jahres zwischen uns und Rußland gebrochen und ohne Kriegserklärung heimtückisch die Grenzen des sozialistischen Georgiens überschritten. Unter der Fahne des Kommunismus wird die imperialistische zaristische Politik der Eroberung und Knechtung der kleinen Nationen fortgesetzt. Das Proletariat Georgiens verteidigt seine Grenzen und wird bis zum letzten Blutstropfen für das Ideal des Sozialismus kämpfen. Im Namen der Arbeiterklasse Georgiens protestieren wir aufs schärfste gegen den Angriff. Genossen, wir erwarten eure moralische Unterstützung! Wir sind überzeugt: ihr werdet es nicht dulden, daß unter dem Deckmantel des Sozialismus und Kommunismus die Republik Georgien auf so furchtbare Weise vernichtet wird.

Der großen Mehrheit der Sozialisten Europas ist es längst klar geworden, daß der Sowjetmilitarismus genau denselben Gesetzen folgt wie irgendein andrer Militarismus. Auf nichts als auf Selbsterhaltung bedacht, sucht er immer neue Gebiete seiner Betätigung. Das kleine Georgien will nichts als die Freiheit, sich in demokratischen Formen zu sozialistischen Zielen weiter zu entwickeln; ihm irgendwelche aggressive Tendenzen zu unterschieben, wäre hellster Wahnsinn. Sowjetrußland wird sich vor den Augen des Proletariats der ganzen Welt schänden, wenn es diesen kleinen sozialistischen Freistaat erdrückt.

•

Die Kopenhagener litauische Gesandtschaft verbreitet folgendes Telegramm aus Kowno:

Nach Nachrichten von der Front deutet alles darauf hin, daß die Polen einen neuen großen Angriff gegen Litauen vorbereiten. Sie ziehen ihre Truppen in zwei Richtungen zusammen, nämlich gegen Ponewjesh—Schaulen und gegen Wilkomir—Kowno. Täglich kommen in Wilna Züge, bestehend aus 30 bis 35 Eisenbahnwagen, aus Polen mit neuen Truppen, Munition, Waffen und Sanitätsmaterial an. Der sich immer mehr geltend machenden Unzufriedenheit im Heere Zeligowskis sucht man durch Aufrufe an die Soldaten zu begegnen, in denen man ihnen verspricht, daß bald ganz Litauen besetzt sein wird und daß dann dem Hunger und dem Kriege ein Ende gemacht wird. Die amtliche polnische Presse in Wilna erklärt, daß, da der Völkerbund die sogenannte Befreiung Wilnas nicht habe hindern können, er auch nichts dagegen unternehmen kann, daß Litauen mit Polen vereinigt wird.

Der Prozeß Sonnenfeld und Genossen

Der mit so lebhafter Spannung erwartete Prozeß gegen Ernst Sonnenfeld und Genossen, der mit den vom Georg Sklarz getätigten Regierungsgeschäften in enger Verbindung steht, begann gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schultze. Angeklagt sind folgende Personen: 1. Kaufmann Ernst Sonnenfeld, seit dem 17. September 1919 in Untersuchungshaft; 2. Hermann Sonnenfeld (Vater), seit dem 8. Mai 1920 in Untersuchungshaft; 3. Bankkommissar Alexander Wolffe, Schwager des Ernst Sonnenfeld; 4. Kaufmann Herbert Sonnenfeld, Bruder des Ernst Sonnenfeld; 5. Paula Sonnenfeld, Mutter des Ernst Sonnenfeld; 6. Korrespondentin Gertrud Schlack; 7. Hauptmann a. D. Ernst v. Frankenberg und Ludwigsdorf; 8. Oberkontrolleur des Reichsbevollmächtigten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, Kaufmann Heinrich Baumann.

Beihilfe sind angeklagt: 1. Ernst Sonnenfeld fortgesetzt Untreuestücke bei Georg Sklarz, ohne einer von diesen Firmen bestimmten, den Reichsfiskus um 279 743 Mark und 1 227 656 Mark geschädigt und durch diese Handlung Beamten, die mit der Unterschrift eines andern versehen waren, dessen Anordnungen zuwider durch Ausfüllung einen urkundlichen Inhalt gegeben zu haben; 2. v. Frankenberg des Betrugs gegen den Reichsfiskus, gemeinsam mit Ernst S., und eines Betrugs gegen die „Nordstern"-Versicherungsaktiengesellschaft; 3. Hermann Sonnenfeld und Wolffe, Herbert Sonnenfeld und Paula Sonnenfeld der Beihilfe für Ernst S. Gleichzeitig Hermann und Herbert S. durch dieselbe Handlung der Hehlerei; 4. Wolffe und Herbert S. durch dieselbe Handlung der Begünstigung des Ernst S. und der Begünstigung, die von Baumann der Ausführung, 5. Hermann Sonnenfeld gemeinsam mit Ernst S. der versuchten Erpressung gegen Georg Sklarz; 6. Hermann Sonnenfeld, Wolffe und Baumann des Verbrechens gegen die Vorschriften 1 und 3 der Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande vom 8. Februar 1917, 7. Herbert Sonnenfeld der Beihilfe zu dem vom Regierungsrat Strauß in Charlottenburg im September 1919 begangenen Verbrechen der Erpressung unter mittelbarer Mitwirkung und Urkundenfälschung.

Die 200 Seiten umfassende Anklage wird durch Staatsanwaltschaftsrat Burchardi vertreten. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Alsberg, Dr. Pappe, Dr. Hustle und Justizrat Dr. Lewinsohn. Der Eintritt in die Verhandlung erledigt sich der Vater Sonnenfeld, der sehr leidend aussieht, und erklärt, daß er den Gerichtsrat Dr. Wagner ablehne, gegen den er schwere Anklagen erheben werde. Ferner erklärte dieser Angeklagte, daß er in der Haft auf dem linken Auge erblindet und auf einem Ohr fast taub sei. Nach seinem Gesichtseindruck müsse er daher den Antrag stellen, den Gerichtshof für unzuständig zu erklären. Es habe unter Vertrauen zum Richterstande, denn er bilde ja das Rückgrat des Staates, aber gegen den Vorsitzenden habe er Mißtrauen infolge der Art, in der er in der Sache Scheidemann gegen ihn verfahren sei. Er, der Angeklagte, habe den Eindruck, daß der Vorsitzende von oben gegen ihn beeinflußt worden sei. Die ganze Anklage sei aus politischen Gründen erhoben worden, lediglich um Herrn Scheidemann zu schützen, Herrn Scheidemann, den er, der Beklagte, des Betruges und des Meineides überführen werde.

Die Wiener Konferenz

Am heutigen Dienstag wird im Arbeiterheim von Favoriten, dem südlichen rein proletarischen Wiener Bezirke, die Konferenz der Internationale 2½ eröffnet. Nützlich kann sie nur werden, wenn sie erkennt, daß sie nur durch ihre Selbstüberwindung nützen kann.

Die Einigung des Gesamtproletariats ist zwar angesichts der Moskauer Theorie und Praxis heute noch ein leerer Wahn. Aber die Einigung desjenigen Teils des Proletariats, und das ist der weit größere Teil, der die Moskauer Thesen und Methoden ablehnt, ist möglich, wenn nur diejenigen, die lange Zeit dem Bolschewismus Vorschub geleistet haben und erst spät davon abgekommen sind, den Mut aufbringen, die früheren Irrtümer restlos einzugestehen und ihre alten Schlagworte ein für allemal zum alten Eisen zu werfen. Für eine Internationale der halben Diktatur und der halben Demokratie gibt es zwischen der Londoner Internationale, die sich zur Demokratie bekennt, und der Moskauer Internationale, die die Demokratie verwirft und verhöhnt, keinen Platz mehr. Man muß sich entscheiden, und wer sich weiter durchzumogeln versucht, versündigt sich an der gesamten internationalen Arbeiterklasse.

Nur fruchtlose Dialektik mag sich an der Tatsache ergötzen, daß wir in diesem Urteil über die Wiener Konferenz mit den Kommunisten vollkommen übereinstimmen. Gerade die Schärfe des Gegensatzes, der uns von den Kommunisten trennt, ist es aber, die dieses übereinstimmende Urteil veranlaßt. Wir, ebenso wie die Kommunisten, verfolgen unsern Standpunkt konsequent, wenn wir die Internationale 2½ ablehnen, deren Hauptmerkmal die Inkonsequenz ist. Wir wollen heute nicht alle die von uns bereits besprochenen logischen Unmöglichkeiten wieder auseinandersetzen, die an der Wiege des neugeborenen Parteigebildes Pate stehen. Wie die bösen Feen im Märchen werden diese Paten sowieso dafür sorgen, daß das arme Geschöpf, erblich belastet und mit allerlei Kinderkrankheiten behaftet, schnell zugrunde geht. Es geht eben nicht an, daß man die parlamentarische Demokratie durch englische Unabhängige, den „Sozialpatriotismus" durch Renaudel, die Koalitionspolitik durch Seitz und zugleich die kommunistische Gewalttheorie durch den Januar-Putschisten Dedebour verurteilen läßt: gegen diesen Widerspruch sträubt sich der gesunde Menschenverstand eines jeden politisch orientierten Arbeiters.

Eine besondere, ihren Gründern wohl recht unwillkommene Bedeutung wird der Wiener Konferenz durch das Ergebnis der Preußenwahlen verliehen. Das katastrophale Abschneiden der Unabhängigen muß den Teilnehmern an der Wiener Konferenz eine Warnung sein.

Wenn die Wiener Konferenz ein erspriießliches Ergebnis zeitigen soll, so kann es nur dieses sein, daß die zersplitterten Teile der Zweiten Internationale die eine Sprache der Preußenwahlen begreifen: Einigung der Teile des Weltproletariats, zwischen denen eine Einigung möglich ist, das ist das Gebot der Stunde. Also mag es noch so sehr mit „Halbbolschewisten", „Revolutionären" und pseudomarxistischen Phrasen gegründet und verkleidet sein, es ist schließlich nur Linie Hellerich, Zack, Simons, Nortkei vs. Dittmann und [illegible]

Die Erhöhung der Personentarife

Von unterrichteter Seite wird der V. V. [illegible] Vom 1. Juni 1921 an sollen die Fahrpreise [illegible] deutschen Reichsbahnen in der Weise erhöht werden, daß [illegible] metrische Einheitspreis für die vierte Klasse auf 14 Pf. [illegible] Seite auf 19,5 für die zweite auf 22,5 und für die erste auf 30,5 Pf. festgesetzt wird. Damit werden die Fahrpreise über den Friedenspreisen in der vierten und dritten Klasse 500 Prozent, in der zweiten um 622 Prozent und in der ersten Klasse um 750 Prozent erhöht sein. Gegenüber den Vorkriegspreisen treten in den einzelnen Klassen Erhöhungen von 33 Prozent ein. Diese beträchtliche Steigerung [illegible] werden lassen, weil die Finanzlage der Reichsbahnen [illegible] einer erheblichen Steigerung der Wälzerlöhne [illegible] ziehung der Personentarife zur Verbesserung der Einnahmen [illegible] dringt notwendig macht.

Abgesehen von dem bisher bei allen bisherigen Gelegenheiten eingeschlagenen Verfahren, die Fahrpreise durch [illegible] schläge zu erhöhen, ist die Eisenbahnverwaltung diesmal übergegangen, eine organische Neuordnung des Tarifsystems vorzunehmen. Zwischen den Fahrpreisen der einzelnen Klassen [illegible] wurde ein Spannungsverhältnis hergestellt, [illegible] bereits im Friedenszeiten bestehenden, nur unter [illegible] Leistung der beiden obersten Wagenklassen. Die Fahrpreise [illegible] dem Tarif der vierten Klasse in der Weise aufgebaut, daß [illegible] Klasse das Anderthalbfache, die zweite das zweieinhalbfache, die erste das viereinhalbfache der vierten Klasse kostet. [illegible] wird zugleich der Uebergang zu einer Klasse ermöglicht, ohne [illegible] umständliche Berechnungen vom Kassenpersonal vornehmen zu brauchen. Zur Vereinfachung der Abfertigung werden [illegible] Fahrtreisebeträge bis zu 5 M. auf volle 10 Pf., bis zu 10 M. auf volle 50 Pf. und über 10 M. auf volle Markbeträge aufgerundet.

Gegen diese Erhöhung der Fahrpreise kommen alle bekannten Bedenken geltend gemacht werden, die gegen jede Tariferhöhung sprechen. Angesichts der Finanzlage hat sich jedoch die Eisenbahnverwaltung über diese Bedenken hinwegsetzen müssen, und [illegible] von ihr befragten Sachverständigenkörper haben sich [illegible] geschlossen. Nach den bisherigen Erfahrungen darf auch [illegible] werden, daß das finanzielle Ziel der Tariferhöhung in vollem Umfange erreicht wird; denn alle bisherigen Fahrpreiserhöhungen haben nach vorübergehender Abnahme des Verkehrs und [illegible] Abwanderung in die unteren Klassen eine Einnahmesteigerung über den der Tariferhöhung entsprechenden Prozentsatz hervorgebracht. Auch die Ausnutzung der Züge ist höher, wie [illegible] Klagen über ihre Benutzung erweisen, im allgemeinen eine [illegible] gute gewesen. Die von Berlin ausgehenden Schnellzüge [illegible] von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, meist voll besetzt.

Auch die Stadt- und Ringbahnen in Berlin und Zossen werden von einer Tariferhöhung nicht verschont bleiben. Ueber den Umfang derselben sind die Erwägungen noch nicht geschlossen. Die Eisenbahnverwaltung verfolgt dabei das Ziel, die Preise ihrer großstädtischen Verkehrsmittel auf [illegible] der von den übrigen Verkehrsmitteln eingeführten Tarife zu bringen. Auf der anderen Seite geht es nicht an, daß die Betriebe der Stadt- und Ringbahn, bei denen das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben bekanntlich sehr viel günstiger ist als im übrigen Personenverkehr, auf die Dauer der Gesamtheit der Steuerzahler getragen werden. Deshalb wird vor allem eine stärkere Erhöhung der Zeitkarten für Stadt- und Ringbahnen erfolgen, die heute schon in keinem Verhältnis zum Preise der Einzelkarten steht. Bei Annahme einer durchschnittlichen Benutzung stellen sich Einzelfahrten [illegible] karteninhabers noch heute auf 15 bis 20 Pf. und stellen [illegible] keiner Weise mehr eine Gegenleistung für die Beförderung dar.

Die Prüfung der Schadenansprüche

Paris, 21. Februar. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note:

Mit Rücksicht darauf, daß nach Vorschrift des Artikels 23 des Versailler Vertrages spätestens am 1. Mai 1921 alle Schäden, deren Wiederherstellung Deutschland schuldet, abgeschätzt sein müssen, hat die Reparationskommission eine Aufstellung hergestellt, worin die Woche für Woche die Arbeit vorgesehen ist, die geleistet werden muß, um die endgültige Festsetzung zu dem vorgesehenen Zeitpunkt treffen zu können. Zunächst hat die Reparationskommission den alliierten Regierungen kundgegeben, daß nach dem 12. Februar als letztem Zeitpunkt keine Reklamation mehr angenommen werden würde. Anderseits ist die deutsche Regierung aufgefordert worden, spätestens zum 15. Februar die Sachverständigen nach Paris zu entsenden, die das der Kriegslastenkommission vorgeschlagene Material prüfen können. So sollen Verzögerungen vermieden werden, die entstehen müßten, wenn die Reklamationen der alliierten Regierungen erst nach Berlin gesandt werden müßten.

Die von der Reparationskommission festgesetzte

Arbeitsmethode

ist folgende: Jede von einer alliierten Regierung eingegangene Reklamation wird der Kriegslastenkommission überwiesen, wobei der deutschen Regierung zur Aeußerung eine Frist von wenigstens 8, höchstens aber 15 Tagen je nach der Natur des Anspruchs bewilligt wird. Diese Frist soll es Deutschland ermöglichen, alle ergänzenden Auskünfte anzufordern, die es für nützlich hält, und jede Frage aufzuwerfen, die in bezug auf die betreffende Reklamation im Zusammenhang steht mit den Grundlagen oder der Auslegung des Friedensvertrags. Da das letzte Dossier von Reklamationen der [illegible] am 19. d. M. der Kriegslastenkommission übersandt worden [illegible] haben die Deutschen spätestens am 5. März ihre Bemerkungen an die Reparationskommission gelangen zu lassen. Sobald die Kommission diese Entgegnungen der Deutschen in bezug auf jede Schadenkategorie in Händen hat, wird sie die alliierten Regierungen ersuchen, ihr die Antworten zu liefern, die die Regierungen auf die von den Deutschen gestellten Anforderungen an ergänzenden Auskünften erteilen können. Eine zweite Frist von 8 bis 15 Tagen ist zu diesem Zwecke vorgesehen, so daß der äußerste Zeitpunkt für die Mitteilung der letzten Antworten der Alliierten an die deutsche Regierung der 20. März ist. Die Kriegslastenkommission ihrerseits hat wiederum eine Frist von 8 bis 15 Tagen höchstens, um der Reparationskommission ihren endgültigen Bericht über jede Reklamation vorzulegen. Der letzte dieser Berichte muß folglich

spätestens am 5. April

vorgelegt sein.

Die Reparationskommission wird der deutschen Regierung, wenn sie einen solchen Wunsch ausdrückt, Gelegenheit geben, in offizieller Kommissionssitzung sich über jede dieser Reklamationen nach Maßgabe des Einlaufs der endgültigen Berichte zu äußern. Diese offiziellen Sitzungen könnten vor dem 5. April und bis zum 12. April einschließlich stattfinden. Die Reparationskommission reserviert die Zeit vom 12. April bis Ende April, um die ihr von der Kriegslastenkommission vorgelegten Berichte zu studieren und ihre Entscheidung auszusprechen. Um die Besprechungen zwischen der Kriegslastenkommission und der Reparationskommission zu erleichtern, ist vorgesehen, daß die Sachverständigen der Alliierten und der Deutschen in Paris ständigen Kontakt halten können. Zu dem Zweck, den zur Abwicklung dieses Programms notwendigen Schriftverkehr zu beschleunigen, hat die Kommission den offiziellen Delegierten der Vereinigten Staaten Herrn Boyden und dem Generalsekretär Herrn Sylter die Sorge dafür anvertraut, die Verbindung zwischen dem bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung und den verschiedenen Delegationen und Bureaus der Kommission sicherzustellen. Nachdem Herr Boyden abgereist ist, wurde diese Aufgabe dem Generalkontrolleur Herrn Mauclère, beigeordnetem Delegierten Frankreichs, übertragen.

Am 11. Februar hat Herr v. Oertzen, einer der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kriegslastenkommission, den Empfang einer gewissen Anzahl ihm zugewiesener Reklamationen bestätigt und mitgeteilt, daß die bevollmächtigten Sachverständigen am 14. [illegible] nach Paris kommen würden, um die Dossiers der einzelnen Reklamationen zu prüfen. Er hat dabei namens der deutschen Regierung erklärt, es sei ihr

unmöglich, die Fristen zu akzeptieren,

die die Kommission für die Einsendung der Bemerkungen auf jede Kategorie der Reklamationen gestellt hätte. Die Kommission hat am 15. d. M. der Kriegslastenkommission geantwortet, daß es ihr unmöglich wäre, den Wünschen der deutschen Regierung zu entsprechen und daß die Fristen von der Reparationskommission strikte eingehalten würden. Der Zeitverlust infolge der Uebersendung der Dossiers nach Berlin könne nicht berücksichtigt werden, da die deutsche Regierung gebeten worden sei, alle zur Prüfung der Dossiers erforderlichen Sachverständigen nach Paris zu entsenden. Ebensowenig akzeptiere die Kommission den Gedanken der deutschen Regierung, ihre Bemerkungen auf alle Reklamationen in einem einzigen zu liefern. Es sei vielmehr die Absicht der Reparationskommission, die deutschen Bemerkungen zu jeder Kategorie der Reklamationen nach Maßgabe ihres Einlaufs zu prüfen.

Die Note vom 15. dieses Monats liegt bei den Pariser Statistiken noch nicht vor. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung sich darauf einlassen kann, sich im einzelnen vorschreiben zu lassen, binnen welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Aufstellung zu erledigen hat. Wie wir erfahren, hat die deutsche Kriegslastenkommission Anweisung erhalten, diesen Standpunkt der Reparationskommission gegenüber nochmals zum Ausdruck zu bringen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210222/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Beginn der Londoner Konferenz

London, 22. Februar. **Lloyd George** hat gestern im Hôtel Crillon, wo die französische Delegation wohnt, **Briand einen Besuch abgestattet**. Sein Begleiter, Marcel Hanky, **begleitete ihn**. Die Besprechung der Ministerpräsidenten hat **länger als eine Stunde** gedauert. Sie haben **gemeinsam die Fragen geprüft**, welche der Konferenz unterbreitet werden. **Insbesondere jene, die Orient und Deutschland betreffen und haben** die Fragen **gegenseitig in freundschaftlicher Weise ausgetauscht**. Um 11 Uhr **machte Ministerpräsident Briand Lloyd George einen Gegenbesuch. Beide Minister** haben **eine neuerliche Privatbesprechung, um** die Konferenz **vorbereitet zu sein, die um 11½ Uhr** begann, und an welcher **Lloyd George, Briand, Tittoni und Hanashi**, der japanische Botschafter in London, teilnahmen. **Belgien**, das am Vertrag von Sèvres nicht beteiligt ist, **war nicht vertreten. Die** Delegierten **von Konstantinopel und Angora**, welche in verschiedenen Hotels **untergebracht** sind, werden sich in Kürze **vorstellen**.

In der Konferenz handelte es sich zunächst nur um eine Vorbesprechung, denn es hat sich als notwendig erwiesen, daß der Oberste Rat vor der eigentlichen Konferenz noch ein oder zwei Sitzungen abhält; mit Ausnahme von einigen Punkten sind noch verschiedene Fragen zu bereinigen und endgültige Richtlinien zu ziehen. In der Konferenz herrscht **große Unnimmigkeit**. Notwendig ist auch, daß die Geschäftsordnung der Konferenz festgesetzt wird. Die türkischen Delegierten haben ihre **Vollmachten** dem Obersten Rat übergeben.

Die Hauptteilnehmer an der Konferenz sind für Großbritannien **Lloyd George und Lord Curzon**, für Frankreich **Briand, Berthelot, Loucheur**, Premier, Marschall **Foch**, General **Weygand**, für Italien Graf **Sforza**, Marchese **de la Torretta**, General Marietta und **Galli**, für Belgien **Jaspar**, Premier, **Delacroix**, General **Maglinse**, für Griechenland **Kalogeropulos**, für Konstantinopel **Rifat-Pascha und Reschid-Pascha**, für Japan **Hanashi**.

Deutsches Reich

Eröffnung des Staatsgerichtshofes

Leipzig, 22. Februar. Gestern fand hier im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts die Eröffnung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in seiner vorläufigen Zusammensetzung statt. Anwesend waren sämtliche sieben Mitglieder, der Vorsitzende, Senatspräsident des Reichsgerichts Lange, die Reichsgerichtsräte Rosenberg II und Kaufmann und die vom Reichstag gewählten Herren Universitätsprofessor Geh. Hofrat Dr. Beyerle, München (Zentrum), Staatsminister und Ministerpräsident a. D. Johannes Heimann, Hannover (Soz.), Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Wilhelm Kahl, Berlin (D. Vp.), und Senator Dr. Karl Petersen, Hamburg (Dem.). Nachdem Reichsgerichtspräsident Dr. Delbrück den erschienenen Vertreter des Reichstags begrüßt hatte, eröffnete Präsident Lange den ersten Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches mit einer Ansprache, in der er die staatsrechtliche Bedeutung des Gerichtshofes darlegte. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Ordnung des Prozeßverfahrens. Beschlossen wurde, daß dieses sich nicht auf die sogenannten Ministeranklagen erstrecken soll.

Keine freie Getreidewirtschaft

München, 21. Februar. Auf der Konferenz der Ernährungsminister ergab sich bezüglich der Bewirtschaftung des Getreides für das Wirtschaftsjahr eine **vollständige Uebereinstimmung darin**, daß die **freie Wirtschaft beim Getreide die Zeit noch nicht gekommen ist**, daß vielmehr die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides nicht entbehrt werden könne. Als die geeignetste Form hierfür ist der weitaus überwiegenden Mehrheit der Versammlung das Reichsmonopol an. Ueber die Einzelheiten der Durchführung soll ein Ausschuß Vorschläge ausarbeiten, die der Reichsregierung vorgelegt werden sollen. Der Reichsminister gab bekannt, daß vom 16. März an die Qualität des Kochmehls geändert werden, indem es von da an nurmehr zu 60 Prozent ausgemahlen werden soll.

Der Widerstand gegen die Waffenablieferung

München, 21. Februar. Die in Rosenheim versammelten Leute der oberbayerischen Einwohnerwehren haben folgende Entschließung beschlossen, wonach die Wehrleute sich entschieden weigern, innerhalb einer bestimmten Frist die Waffen abzuliefern, solange die Regierung die Dulderin von Verbrechen und Eigentum in gemeingefährlichem Maße nicht gewährleisten kann.

•

Eine Rede Escherichs

Nürnberg (Eigenbericht), 22. Februar. Auf der Tagung der Bezirksamtmänner und Bezirksoberamtsleiter hielt Landeshauptmann Escherich eine Rede, in der er erklärte, daß die **bayerische Einwohnerwehr Hunderttausende von entschlossenen Männern umfasse**. Sie nicht mehr gewillt seien, **sich unterdrücken zu lassen**. Escherich, der die Grüße und die Sympathie des bayerischen Ministerpräsidenten überbrachte, erklärte, daß er nicht der Mann sei, der blinden Gewalt weichen werde, aber auch die Wehrleute entziehen ihm ihr Vertrauen. (Wortlose Rufe: Eigenartig! Stürmischer Beifall.) Wer anderer Gesinnung sei, möge sich trennen. Von den übrigen verlange er, daß sie sich noch fester um ihn schließen in den schweren Stunden, die noch kommen werden. Redner schloß mit den vier Leitgedanken: Erhaltung des Verfassung, Erhaltung des Deutschen Reiches und Ablehnung unerfüllbarer Abtretungsverpflichtungen, Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und Schutz jedes Rechts- und Vermögens.

Das Ende einer Zeitung

Am 1. April wird die „Post" ihr Erscheinen einstellen. Bei dem Ueberfluß deutschnationaler Blätter und dem Mangel deutschnationaler Leser in Berlin ist das kein Wunder. Zeitungen ohne Leser aufzuhalten ist ein Luxus, den sich heute selbst die Schwerindustrie nicht leistet.

In den letzten Jahren ihres Daseins war die „Post" langweilig und ohne Bedeutung. Früher einmal war sie das führende Organ der schwerindustriellen Scharfmacher, und ihr Hauptgeldgeber war der Freiherr v. Stumm. Bekannt ist die alte Geschichte, wie Herr v. Stumm eines Tages wegen einer ihm mißfälligen Notiz in die Redaktionsstube hineinstürmte mit dem Rufe: „Welcher Esel hat denn das geschrieben?" Daher stammt der Ausdruck „Postesel", der die „Post" überleben wird.

Später wurde die „Post", stets mit den Geldsäcken die Gesinnung wechselnd, bevorzugtes Sprachrohr des Alldeutschen Verbandes und führte einen heftigen Kampf gegen Wilhelm II. Daß er nicht schon bei der Marokkorede in den Weltkrieg hineinschlitterte, erregte ihre helle Wut, und so nannte sie eines Tages den damaligen Kaiser auf französisch — nach einem angeblichen Wort Edwards VII. — „un timide, un valeureux poltron", einen Angstling und maulaufreißenden Hanswurst. Aber dabei war sie natürlich streng monarchisch und darum tat ihr selbst der Staatsanwalt nichts.

Das waren sozusagen ihre Höhepunkte. Jetzt schlummert sie sanft hinüber, nachdem sie lange in der Agonie gelegen hat.

Volkswirtschaft

Zwickau. In diesen Tagen erfolgte hierselbst von einem Konsortium, dem die Stadtgemeinde Zittau und eine Anzahl hiesiger Bürger angehören, die Gründung der hiesigen Stadtbank, Aktiengesellschaft, mit einem Kapital von fünf Millionen Mark. Die Gründer haben sämtliche Aktien selber übernommen, beabsichtigen aber, einen Teil davon (wie verlautet 1 000 000 M.) der Allgemeinheit zugängig zu machen. Die Stadtkämmerei nimmt zu diesem Zwecke Zeichnungen zum Ausgabekurs von 112 Prozent bis zum 5. März d. J. entgegen. Die Einführung der Aktien bei der Börse wird beantragt werden.

Aus aller Welt

Touristenschicksal

Eine aus sieben Personen bestehende Gesellschaft, die eine Skitour ins Dachsteingebirge unternommen hatte, wurde in Ischl vermißt. Sie bestand aus dem Wiener Professor Dr. Lukas Schaller und mehreren Lehrern und Lehrerinnen. In der Nähe der Siemenshütte fand man die Vermißten erfroren auf. Sie waren beim Passieren der schwierigen Steinrichartie in einer Talmulde heruntergerissen und vom Schnee überweht worden.

Ein musikalischer „Cäsar"

Julius Cäsar ist bekanntlich sprichwörtlich geworden durch seine Vielseitigkeit, die ihm gestattete, verschiedene Dinge zu gleicher Zeit zu tun. Seine Leistungen werden aber weit in den Schatten gestellt durch einen Pariser Pianisten Edmond Trillat, der beweisen wollte, daß ein ernster Musiker schwierige klassische Tonwerke improvisieren könne, wenn ihm auch die scheußlichsten Straßenbauer zugleich in die Ohren gellen. Der musikalische „Cäsar" gab also eine Vorstellung, in der er schwierige Improvisationen auf dem Klavier ausführte unter Verwendung von Themen, die ihm das Publikum angab. Zu gleicher Zeit las und erläuterte er ein Kapitel des Versailler Friedensvertrags und lauschte mit Hilfe von Mikrophonen zwei Phonographen, die ihm verschiedene Straßenbauermelodien ins Ohr gellten.

Neueste Telegramme

Unter Eisenbahnrädern geendet

Leipzig, 22. Februar. Nach einer Meldung aus Halle wurde bei der Station einer Güterzuges in die Station Gutenzleben auf dem Eisenbahnübergang ein Gespann überfahren. Zwei Insassen des Fuhrwerks wurden getötet und zwei verletzt.

Eine Sowjetregierung gestürzt?

Paris, 22. Februar. Nach einer Hahasmeldung aus Konstantinopel liegen dort Berichte vor von einer Besetzung der Krimhalbinsel durch bolschewistische Truppen. Die georgische Regierung soll auch neue Jahresklassen mobilisiert haben. Eine andere Meldung besagt, die Sowjetregierung von Crimea sei gestürzt und durch ein nationalistisches armenisches Kabinett ersetzt worden.

Vermischtes

Wer war Verfasser des pseudo-goethischen Joseph? Die Kunstwissenschaftliche Gesellschaft, deren Goethe-Ausgabe-Abteilung Joseph unverwerfen aufgenommen hat, hat sich selbst als eine „Ehre" betrachtet, deren Zulässigkeit die nähere wissenschaftliche Prüfung ermöglicht. Die bedeutendsten Goethekenner sind sich einig in der völligen Ablehnung dieses Versuches, das indiskutable Machwerk irgendeines Zeitgenossen dem jungen Goethe in die Schuhe zu schieben. Da nun aber einmal das Buch der Öffentlichkeit gezogen worden ist, erhebt sich die Frage, wer eigentlich sein Verfasser war, und diesem Problem geht der bekannte Literarhistoriker Albert Leitzmann in einem Aufsatz der Deutschen Rundschau nach. In einem Werk von Alexandrinern finden sich sprachliche und metrische Anleihen in Menge, die es einer verdienstvollen philologischen Untersuchung gestatten, Gerüst und Alter des verschollenen Denkmals zu bestimmen. Daß dieser Joseph mit Goethe und Frankfurt nichts zu tun hat, ergibt sich ganz deutlich. Wer hat ihn aber auf dem Gewissen? Als grammatikalisch Gebiet fällt dem Leser besonders die unbeholfene Verwendung von Tempus und Mißklang noch Unpräpositionen und Verben auf. Mit „wie" und „wieder" liebt der Schreiber dieses Epos auf einem noch viel peinlicheren Fuße als der Werther, und es findet sich die stattliche Summe von 600 derartigen Schnörkeln. Der Verfasser muß danach aus einem niederdeutschen Gebiet stammen, in dessen Dialekt diese Erscheinung besonders stark hervortritt, und dorthin kommt in erster Linie das östlich angrenzende Gebiet zwischen Mittelelbe und Mittelweser in Betracht. Eine gewissenhafte Untersuchung des Wortschatzes führt mit Sicherheit auf das gleiche Dialektgebiet hin, und die engsten Berührungen finden sich mit der Mundart von Göttingen-Grubenhagen. Aus dieser Gegend kommt also der zu so merkwürdiger Berühmtheit gelangte Joseph-Dichter. Die Zeit, in der er seine holprigen Alexandriner zusammenreimte, liegt aber wenigstens ein halbes Jahrhundert früher als Goethes Kinderjahre. Der Stroph- und Stilcharakter des ganzen Werkes ist für die Goethesche Jugendzeit viel zu altertümlich, er hängt überall aufs engste zusammen mit den nachgebundenen Dichtern des 17. Jahrhunderts, mit Opitz, Logau, Grimmelshausen, Weckherlin, Gryphius, Weise u. a. Das Gedicht muß daher vielleicht schon im letzten Viertel des 17., spätestens am Anfang des 18. Jahrhunderts entstanden sein. Der Verfasser des Joseph war also ein „ungebildeter, pietistisch-engherziger Versschmied aus dem Ende des 17. oder dem Anfang des 18. Jahrhunderts".

Devisenkurse

Berlin, 21. Februar. (Amtlich.)

		21. 2. Geld	21. 2. Brief	19. 2. Geld	19. 2. Brief
Holland	100 Gulden	2117,85	2122,15	2117,—	2122,15
Schweiz	100 Frank	1011,95	1114,05	—	—
Wien (alte)	100 Kronen	—	—	—	—
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	12,73	12,77	13,10½	13,14½
Prag	100 Kronen	76,15	76,35	76,—	76,20
Spanien	100 Peseten	843,65	845,35	—	—
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	467,—	461,—	467,—	468,—
Italien	100 Lire	221,75	222,25	225,75	226,25
London	1 Pfd. Sterl.	238,75	239,25	248,25	248,75
Neuyork	1 Dollar	61,93	62,07	63,30½	63,44½
Paris	100 Frank	442,05	442,95	447,55	448,45

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	20.	21.		Meßort	20.	21.
Moldau	Budweis	— 4	— 14	Elbe	Brandeis	+ 144	+ 113
Moldau	Modran	+ 76	+ 56		Melnik	+ 136	+ 116
Iser	Jungbunzlau	+ 28	+ 20		Leitmeritz	+ 125	+ 110
Eger	Laun	+ 65	+ 44		Aussig	+ 172	+ 156
Elbe	Pardubitz	fehlt	+ 20		Dresden	+ 27	+ 18

Modebericht

Es wird berichtet, daß die preußischen Behörden den Frack als verhältnismäßige Kleidung für öffentliche Angestellte abschaffen haben; und gleichzeitig hört man, daß auch der Zylinder fallen soll. Der Zylinder ist übrigens in Frankreich, Italien und der Schweiz schon jetzt fast völlig abgekommen und wird nur noch von Kapitalisten getragen.

In der preußischen Bevölkerung scheint eine starke Bewegung über diese Reformen zu herrschen, denn Frack und Zylinder sind heftig beliebt. (Obgleich jeder Bürgersmann stolz wäre, wenn er sie anziehen könnte.) Aber es sollte doch in aller Ruhe erwogen werden, was wir an die Stelle dieser Zierate und Zeichen setzen wollen, wenn sie einmal abgeschafft sind.

Gewiß, Frack und Zylinder sind nicht schön; aber gerade in ihrer gewissen Form und Zeichnung eigneten sie sich vorzüglich dazu, den Repräsentanten und offiziellen Aktionären jenen Zug von Würde und Lächerlichkeit zu geben, der auf die meine Menge der Zuschauer einen so tiefen Eindruck zu machen pflegt.

Denn die Ratsherren vom Gent durch die Straßen dem Kaiser Karl V. entgegenschritten, trugen sie überlieferte Mäntel, Pelzmützen, Barette und breite Sammethüte mit wallenden Federn.

Das können wir nicht mehr; erstens weil es zu teuer ist, zweitens weil wir allmählich alle Freude an der Farbe verloren haben und allen Mut zur Pracht. Dieser Verlust und diese Verarmung haben genau mit dem Beginn der industriellen Gleichmacherei begonnen, und nur unser dunkles, schwarzbraunes Gewand bezeichnet die Kleidungsstücke, die man jetzt abschaffen will, wenn wir schlechte Republikaner sein. Die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts ist ohne Frack und Zylinder nicht denkbar, ja wäre ohne diese beiden einschreibenden Symbole vielleicht noch unscheinbarer verlaufen.

Ich aber hat die politische Zeremonie und für den feierlichen Tag ein anderes Gewand und ein größerer Hut notwendig. Und es ist kein Alltag, dieses lehrt die Geschichte aller Völker, von den Urzeiten bis zu den modernsten. Der Pharao trug eine Krone, damit ihn seine Untertanen als König erkennen und hinfallen; und aus einem ähnlichen Grunde setzt sich der russische Zaretitel eine hohe pfauenfarbene Mütze auf mit einem Stern. Denn die Kleidung ist nicht, wie das Schulbuch sagt, nur dazu da, um gegen die Angriffe der Witterung zu schützen, sie soll und auch die Würde geben, die wir brauchen, und das Ansehen, das der Träger uns, er wird nicht gestohlen haben herum, verfügt hat.

Uebrigens ist der Kleiderschmuck eines der ganz wenigen Dinge, durch die wir uns vom Tier unterscheiden. Somit hat das Tier, wie jeder weiß, alles was wir haben und wahrscheinlich noch unendlich viel mehr. Die Biber bauen, und die Bienen bei Einrichtung ihrer Zellen nach Sozialpolitik; daß die Bienen bei Einrichtung ihrer Zellen nach Konvexitätsmen berechnen, ist längst bekannt, und wer einmal einer still dahingehenden Kuhe in die Augen gesehen hat, der weiß, daß dieses Tier spekulative Philosophie betreibt; ja, sie hat mehr Selbstbewußtsein als unsere Professoren, da sie ihre Ergebnisse für sich behält und niemand damit belästigt. Aber kein Tier zieht sich Lack und Stiefel an, und keines trägt eine gestärkte Hemdbrust; dieses sind rein menschliche Errungenschaften.

Das meine aber, daß wir vor der übrigen Kreatur voraus haben, das Kennzeichen, Tabakrauchen und den Kleiderstolz, das sollten wir nicht beschränken, wie die weiche Gegenwart es will, sollten wir nicht pflegen und ausbauen, damit das Schicksal, das von oben her die indischen Vorgänge betrachtet, und nicht mit dem Mottlaß zu verwischen brauchte.

Victor Auburtin.

Theater

Schauspielhaus. Nur das erkrankte Fräulein Fuchs spielt jetzt Erich Ponto in P. H. Hartwigs jüngstem Märchenstück **das sich** wandelnde Teufelchen. So ist die Rolle also doch noch in die richtigen Hände gelangt, gegenüber der bisherigen Peerischer kommt endlich auch die Hölle gewinnend zur Geltung, und in den üblichen Weihrauchduft, der vorhem unbeschränkt herrschte, mischt sich nun erquickend frischer Pech- und Schwefelduft. Was Fräulein Fuchs trotz beiem Gemahlen nicht glaubhaft machen konnte, davon überzeugt Ponto von Anfang an, daß er aus andern Sphären stammt, als die weiblichen gewachsenen Engelein um ihn. Daß er wirklich ein Höllenkind, ein tückischer Kobold ist. Mit seinen kreuzenden und lauernden Sprache, mit seinen grotesken Bewegungen wirkt er oft ähnlich wie die wasserspeienden Teufelsfratzen an gotischen Domen: man lacht, aber hinter dem Lachen tut sich leises Grauen. Von der Schauspieler, der am Sonntag nachmittag den Bestmisch ohne Probe zum ersten Male spielte, manchmal noch allzu sehr an der Unterwelt, der er entstiegen war, hinzu, tat der Wirkung nicht wesentlich Abbruch. pm.

Konzert

Ein in jeder Beziehung gut gelungenes Konzert veranstalteten am 19. Februar der Männergesangverein zu Weiterwitz und Vorwärts, Meißen. Die Vortragsfolge wies der allen Chöre zu Gehör auf, doch fehlte es auch nicht an schwierigen Aufgaben, wie die Uhlmannsche Ballade und Schweigers Weltentstehung bieten. Um das prächtige Tonmaterial, über das diese Vereine verfügen, kann sie mancher Zweiter Männerchor beneiden. Die Sänger hatten jederzeit ihre Stimmen, die durch die sichere, stetbewährte Leitung ihres Chormeisters wohl diszipliniert sind. Die Chöre waren namentlich dynamisch gut durchgearbeitet und erzielten reichen Beifall. r. b.

Dresdner Kalender

Theater am 23. Februar. Opernhaus: 5. Sinfoniekonzert (7); Letztmalige Hauptprobe (12). — Schauspielhaus: Struensee (7). — Albert-Theater: Zum ersten Male: Clavigo (7½). — Central-Theater: Die Stadtkommandantin (7). — Residenz-Theater (neuvermietet): Die schöne Helena (7).

Spielplanänderung. Wegen Erkrankungen im Personal kann im Schauspielhaus die für Mittwoch den 23. Februar angekündigte Vorstellung von Otto Erlers Struensee nicht stattfinden. Statt dessen wird die neu einstudierte Komödie Pygmalion von Bernard Shaw in der bekannten Besetzung wieder in den Spielplan aufgenommen. Anfang 7 Uhr.

Vortragsabend. Morgen Mittwoch abend findet im Tivoli-Kaiser-Hof, Lobtau, Theaterstraße, ein von der Zentrale der proletarischen Freidenker arrangierter Vortragsabend statt. Frau Ilse Berendt-Broa wird soziale Balladen und Legenden sprechen. Es kommen u. a. Werke von Sudermann, Freiligrath, Anderson, Altenberg, Ostern, Herwegh, Henkel, James, Strindberg, Tolstoi und Gorki zum Vortrag. Eintrittskarten zu 2 M. für Erwachsene und zu 1 M. für Kinder können im Vorverkauf im Sekretariat der Freidenker, Kleine Plauensche Gasse 49, entnommen werden oder sind an der Abendkasse zu haben.

Die Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend. Bezirk Altstadt, veranstaltet Donnerstag den 24. Februar, abends 7½ Uhr, im Reichsheim, Friedrichstraße, einen Aufklärungsvortrag über die sexuelle Frage. Referent: Genosse Lehrer Hammer. Beginn 7 Uhr. Karten zu 1,50 M. Mitglieder 50 Pf. an der Kasse.

Literarischer Verein. Mittwoch, den 23. Februar, 4½ Uhr, Verlagsbuchhändler Erwin Rauh: Schriftsteller, Buch, Publikum.

Kleine Mitteilungen

Karl Söhle begeht am 1. März seinen 60. Geburtstag. Der aus der Lüneburger Heide stammende und jetzt in Dresden lebende Schriftsteller hat sich durch seine gediegenen Weltkenntnis gezeichneten einen Namen von Ruf in unserem Schrifttum erworben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210222/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bezirksgebühren.

Für die Benutzung des Bezirksschlachthofes werden in Ergänzung der Satzungen vom 6. Januar 1921 folgende weitere Gebühren für die Stadt Dresden erhoben:

1. Gebührenbescheinigung zum Kohlenhandel	50—200 Mk.
2. Kontrollbescheinigungen Lebensmittelkarten jeder Art	0.50—5 „
3. Bescheinigung über Schlachtung eines Pferdes	5—20 „
4. Gesundheitszeugnis über Entseuchung bei dem zum Milchgewerbe Verwendeten	10—50 „
5. Ausstellung einer Mehl- und Schrotkarte bis zu 10 Zentner	1 „
über 10—30 Zentner	2 „
„ 30—50 „	3 „
„ 50—100 „	5 „
6. Für Ausstellung von aufgekauften Hafer- und Gerstenmengen zum Bezugsschein und Anbeimpfung der Bezugsscheinbücher bei einer Menge bis zu 100 Zentner	3 „
über 100 Zentner	5 „
7. Für Ausstellung von Hafersteinen für gewerbliche Zwecke	0.50 „

Dresden, den 17. Februar 1921

Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Pirna. Zum Zwecke soll später ein größerer Posten Herren-, Damen-, Kinder-, Mädchen- und Knabenschuhe angeboten werden. Gefällige Angebote werden Mittwoch, den 23. und Donnerstag, den 24. Februar in unserer Kartenstelle entgegengenommen. Später eintreffende Angebote können nicht mehr berücksichtigt werden. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die bei der jetzigen Bestellung unter unberücksichtigt Zuteilungen nicht berücksichtigten Personen bevorzugt werden, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie jetzt Bestellung erneuern.

Pirna, den 19. Februar 1921. **Der Rat der Stadt Pirna.**

Es ist jedem Grundstückseigentümer unbenommen, aus der in seinem Grundstück vorhandenen Fäkalienjauche Dünger als Düngung des unmittelbar zum Hause gehörigen Gartenlandes selbst zu verwenden. Es darf diese Verwendung in den Monaten Oktober und November sowie in der Zeit vom Mitte Februar bis Mitte April erfolgen; auch hat die Düngung während dieser Zeit entweder an Hauptpunkten oder unmittelbar vor dem Umgraben des Bodens zu erfolgen, während der übrigen Zeit des Jahres ist die Verwendung von jedem Dünger zur Düngung von Hausgärten allgemein verboten. — Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. und, falls bis zu drei Tagen gemahnt werden.

Pirna, den 19. Februar 1921. **Der Rat der Stadt Pirna.**

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, mit Wirkung vom 1. März 1921 an den Lichtstrompreis auf 2.90 M., den Kraftstrompreis auf 2.50 M. für die Kilowattstunde zu erhöhen.

Pirna, den 18. Februar 1921. **Der Rat der Stadt Pirna.**

Nach kurzem Krankenlager entschlief sanft mein lieber Mann, unser treuer Bruder und Schwager

Hermann Koch, Maurer

in 72. Lebensjahre.

Dresden, Pirna-Allee 11, Hdh. 3.

In tiefstem Schmerz:

Therese verw. Koch und Geschwister mit allen Verwandten.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 24. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Johannes Friedhofs aus statt. [b 1875]

Für die mir bei meinem Heimgange so zahlreich bewiesene Teilnahme, besonders meinen lieben Vater, den Baumschulenverwalter Martin Stöck, spreche ich allen den aufrichtigsten Dank aus.

Dresden, Gr. Kirchgasse 12, 18. Febr.

[b 1881] Die trauernden Hinterbliebenen.

Ein Wickler für elektr. Maschinen und Apparate

der sich durch jahrelange praktische Tätigkeit ausgezeichnet kann, sucht sich unbedingt in allen Wicklungen, Reparaturen u. Spannungen vertraut zu machen. Die Bewährung ist dauernd und angenehm. Mitbewerber oder Installationsmonteure wollen sich nicht melden. [b 1868]

Ingenieur O. Preinfalek Nachf.

Elektrotechnische Fabrik Dresden-A., Bautzner Str. 71.

Billige

Lebensmittel

Neue Preisliste [b 1843]

Holl. Kakao	Fettgehalt, nur reine, dunkle Ware, p. Pfd.	16.00
Kaffee	röst. frisch gebrannt, p. Pfd.	23.00
Weiße Rangoon-Bohnen	neue Ernte p. Pfd.	1.20
Gelbe Viktoria-Erbsen	grob, aufgelesen p. Pfd.	2.00
Halbe Erbsen	gebrochen p. Pfd.	2.00
Grüne Erbsen	prima, aufgelesen p. Pfd.	2.20
Große grüne Linsen	5 Pfd.	5.00
Bombay-Linsen	aufgelesen u. gereinigt p. Pfd.	2.00
Sago	prima p. Pfd.	3.00
Fürst. Rangoon-Tafel-Vollreis	p. Pfd.	2.00
Reis	gesortert, eingetroffen p. Pfd.	2.00
Haferflocken	doppelt entspelzt p. Pfd.	3.20
Hafermehl	vorzügliche Kindernahrung p. Pfd.	3.65
Makkaroni, ital.	Eierbärnchen p. Pfd. / Suppenstrauchen	12.00
Nudeln	schneeweiße Ware p. Pfd.	7.00
Pa. Speisemargarine	wie gute Butter p. Pfd.	10.00
Schweineschmalz	das Feinste, was es gibt p. Pfd.	11.75
Palmin	schlesische Friedensware p. Pfd.	13.50
Rindertalg	garantiert rein, p. Pfd.	12.00
Kokosfett	vorzügl. z. Backen, p. Pfd.	12.00
Cornet beel	1-Pfd.-Dose	8.50
Kond. Milch „Ideal"	große Dose	8.50
Hausmacher-Leberwurst	p. Pfd.	5.00

Moselweine, Rotweine, Likörweine, ff. Liköre

Georg Mannheim

Lieferung frei Haus — Webergasse 3 — Fernruf 18861

Kunst- und Goldwaren

Kreisel

16 Dresden Pillnitzer Str. 16

Einkauf von altem Gold, Silber, Platin, Brillanten zu höchsten Preisen für eigenen Bedarf. [b 998]

Warum die Plage?! In einer Stunde Läuse. Garantie

Unterbezirk

Parteisekretariat: Dresden-A., Marienstraße 10, I. • Fernsprecher: Nr. 18347

Bezirk Reichenberg

Gruppe Wahnsdorf Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant am Friedenstande.

Gruppe Reichenberg, Boxdorf u. Dippelsdorf Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Königsbrauerei.

Gruppe Eisenberg-Moritzburg Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lindengarten.

Tagesordnung in allen Gruppen: Bericht aus dem Vorstand. — Stellungnahme dazu. — Allgemeines. [b 1876]

Zu Anbetracht der wichtigen Sachen ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. **Die Bezirksleitung.**

Gruppe Ottendorf-Okrilla Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, Gruppensitzung mit Vortrag im Rathskeller. D. V.

5. Kreis.

Donnerstag, den 24. Februar, abends 7½ Uhr

Versammlung

im **Odeum**, Carusstraße.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung unsrer Mädchenfortbildungsschule.

Referent: Genosse Lehrer Marx. [b 1830]

Zahlreiches Erscheinen der Eltern erwünscht. **Der Vorstand.**

Deutscher Musiker-Verband

Ortsverwaltung Dresden.

Mitglieder-Versammlung verschoben

auf Donnerstag, den 3. März 1921, nachm. 2 Uhr, Volkshaus.

[b 1880] Max Sieber, 1. Vorsitzender.

1 neuer Militär-Mantel, Größe 1 hr. Kriegsminister, 1 gen. ref. Bauernanzug gut, zu verk. Gebeschstr. 6, 2 r.

Zur Konfirmation

für Knaben:	für Mädchen:
Taschenuhren	Armbanduhren
Uhrketten	Damenketten
Schlipsnadeln	Armbänder
Manschettenknöpfe	Kolliers mit Anhänger
Zigarettenetuis	Ohrringe
Ringe	Ringe

Größte Auswahl — Billige Preise

Moritzstr. 10 **Gustav Smy** Ecke König-Johann-Str.

Uhren und Goldwaren [w 198]

Trocken! Stockholz! Kienig!

Zu allem Lang, gehackt, Zentner 17.50 M., grob gespalten, sperrfertig, Zentner 20 M. Bei 10 Ztr. frei ganz Haus; 5 Ztr. gleich 1 rm. **K. Schneider, Poulsenstr. 29.** [m 1]

Hänel

Herren-Anzüge für **150** Mark

Bestehend aus Joppe u. Hose aus bestem Friedensstoffe gearbeitet

Annenstraße 48

an der Annenkirche.

Buchhandlung von Kaden & Comp.

Wettinerplatz 10

Soeben erschien:

Teuerung und Geldentwertung

Von Dr. Max Sachs.

Preisgekrönt Werk.

Billiger Ausverkauf in Gemüse- u. Obst-Konserven

Preise ohne jede Konkurrenz!

Feinkosthaus **August Deppe**

Dresden-A., Große Zwingerstraße 8 gegenüber dem Schauspielhaus. [ebd]

Die Wirkung der SALVIUM-PRÄPARATE bei HALS- und BRUSTERKRANKUNG ist hervorragend

Salviumpastillen Schachtel 5 M., Salviumöl Flasche 20 M.

Prima reinwollenes **Strickgarn** butterweich

10 Gebind — 100 Gramm M. 14.50, 18.50, 22.50 usw.

Annähtüfte Paar M. 1.50, 2.50, 3.50 usw.

Annahmen umsonst. Gleich z. Mitnehmen

Westenärmel Schwitzerärmel in allen Farben und Größen. [b 1868]

P. Krause

Hauptgesch.: Görlitzer Str. 54, Zweiggesch. Bautzner Str. 23, Gr. Plauensche Str. 32.

Hygienische Bedarfs-Artikel kauft man bei Dr. J. Mahs, Versandhaus, Hannover, Lister 19.

Fahrräder kauft Krause, Freiberg, Nr. 171

Kaufen Sie

Dixin

von Henkel

bestes **Seifenpulver**

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Hotel, moderne Küche, Gleisanlage, Nähe Bahnhof, Speiseplatz, Familie bill. zu begegnen. Zeitschrift. a. n. außerhalb. Langer, Frauenstr. 12, I.

Hammers Hotel, Striesen (großer Saal)

Mittwoch, 23., u. Donnerstag, 24. Februar

Oscar Junghähnels humor. Sänger

Großes, neues Schlagerprogramm! Wer lachen will, der kommt! [1286]

Anfang 7½ Uhr. Vorverk.: Hammers Hotel.

Schloß-Kaffee

Dresden-A., Schloßstraße 30.

Eröffnungsfeier

Dienstag, 22. Februar 1921

In den vollständig neu hergerichteten stimmungsvollen Räumen

Erstklassige Künstler-Kapelle

Konditorei-Büfett — ff. Getränke

Ergebenst lädt ein **Alfred Masch.**

Neu! Ab 1. März, Sonntags vorm. 11—1 Uhr **Kaffee-Konzert.** [ebd]

SARRASANI

Täglich 7 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr. Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus und Circuskasse.

Letzte Woche

der 16 Attraktionen

Vorverkauf bis Sonntag eröffnet

[ebd]

Ball-Anzeiger

für Mittwoch, den 23. Februar

Ball-Haus-Ball Ist einzig! Herrliche Weinlauben. Vorzüglicher Kaffee. Mittwochs und Sonntags.

Donatha Neue Welt Str. 19/21. Verg. Mk. 11.50. Die beliebte Hauskapelle. Ung.: Obermühlstr. Max Ende. Feiner Damenball.

Gasthof Alt-Cotta Endstation der Linie 13. Mittwochs 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Gasthof Wilsdruff Neu! Neu! Wundervoll. Hackerzelten-Gesellschaft „Rosa-gold"!

Schweizerhäuschen Schweizer Straße 1. Jeden Mittwoch: Gr. öffl. Ballmusik. Anfang 8½ Uhr.

Westend Chemnitzer Str. 107. Straßenbahnlinien 1, 15, 22. Letzte Wagen: 1: 11.27; 15: 11.35. Verdienst. Leit. Musikdir. Schönberg.

Wilder Mann — Endstation der Linie 6. — Tonkünstler-Orchester. (Weiteres i. Anschlagsäulen.)

Annensäle, Fischhofplatz 10. Morgen Mittwoch, Anfang 8½ Uhr: Feiner öffentlicher **Herren- und Damenball** zum Besten einer Schulspeis. bedürft. Kinder.

Gruna-Seidnitz

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie sämtliche Parteiliteratur nimmt entgegen

Frau **Hedwig Hänel**

Seidnitz, Dorfstraße 23, I.

Wir empfehlen:

Liebknechts **Volks-Fremdwörterbuch**

14. Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt. Preis gebunden 20 M.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Ed. Ahne

Fernspr. 20222

Lagerplatz an der Albertbrücke, verlängerte Gr.

Bitte um rechtzeitige

Anmeldung d. Kohlenkarte und Bezugsscheine.

Meine Verkaufspreise sind wesentlich billiger als die Richtpreise.

Abhandlungen u. Vorträge zur sozialistischen Bildung.

Herausgegeben von Max Grunwald.

Heft 1: **Max Grunwald,** Zur Einführung in Marx „Kapital" 2.00
„ 2: **August Mai,** Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik 1.00
„ 3: **Max Grunwald,** Goethe und die Arbeiter 1.00
„ 4 und 5: **Wilhelm Schroeder,** Die Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisationen in Deutschland 1863—1920 2.00
„ 6: **Konrad Haenisch,** Schiller und die Arbeiter 1.50
„ 7: **J. Karski,** Teuerung, Barzahlung, Goldproduktion 1.50
„ 8: **Paul Göhre,** Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften 1.50
„ 9: **Adolf Cohen,** Die Technik des Genossenschaftswesens 1.50
„ 10: **Georg Stickloff,** Marx und die Gewerkschaften 1.50

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Dresden,** Wettinerplatz 10

Filialen: Gerokstraße 57, Schandauer Str. 9b, Königsbrücker Str. 3.

Bienenhonig in Gläsern, Pfd. 15 M., hochf. Scheibenhonig, Pfd. 18 M., hochf. Harzer Rübensaft, Pfund 3 M., Imkerei in Räuchers Garten, frei Haus, ohne Preiserhöhung.

Karl Hennenberg Briesnitz.

Konfirm.-, Anzüge, Kleider, Wäsche empf. geg. Barzahl. u. Teilzahl. Langer, Frauenstr. 12, I. Verkauf nach außen.

Fahrräder

Presto u. Diamant gebr. Räder u. 150—350 M.

Mäntel von 60, 75, 85, 90—115 M.

Schläuche, 22, 25—80 M.

Schlauchventile, 170—225 M.

Gummiseile, 2.50, 4.50—22 M.

Gummiseile, hochf. 35, 65—180 M.

Fahrrad-Laternen 12.50, 17.50, 25, 35, 50—115 M.

elektr. Fahrradlat. u. 180 M. an

Karbid-Lampen, Lichtgas-Hängelampen 5, 25, 35 M.

Größtes Lager in Fahrradteilen.

Max Stirl

Wettinerstraße 48. [ebd]

Kaufe Bettwäsche, Tisch-, Bett- und Leibwäsche jeder Art, Gardinen und Decken, auch neue bevorz. **Engling** [b 1890] Wilsdruffer, 12, I. Tel. 13483.

Sie erreichen auch durch ein Inserat in der **Dresdner Volkszeitung** erscheinendes Inserat **Ihren Zweck**

Emser Pastillen gegen Heiserkeit, Husten usw.

Wir empfehlen

Volkslieder

für Heim u. Wanderung

im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Scher. Das Buch enthält 280 Seiten 500 Lieder mit Noten, eine Einführung in das Laudenspiel. 100 Seiten sind mit Akkordbegleitung versehen, damit jedes durchweg einfachsten Harmoniegängen. Klavier- und Laudenspielern wird diese Einrichtung willkommen sein.

Taschenformat geb. 3 M.

Volksbuchhandlung

Küche, Gr. 1, 1 Treppe, Wettiner 1, 1 Treppe, zu verm.

Verloren! Ring, Tr. 1, 1 Treppe, Wettiner 1, 1 Treppe, zu verm.

Trauringe

Schmitz, Rathausstraße 1, 1 Treppe, Wettiner 1, 1 Treppe, zu verm.

Sächsische

Am Dienstag, den 22. Februar, wird der neuen Unterschicht und Kirche zur Zuschrift. Das gilt für andere noch nicht Zeit vom 1. Apr. diese Zeit ist die erhält, zwar zu kann daneben Zeitschrift ist im Kirchen- und Zeitung bald, wenn wird, mindestens durch die Gemeindlichen Grundgen Regulative vorgesehenen Erwerbs- Kirchenvorstands Dezember 1919 an ihrem Mitglied war der, daß nicht werden im gleiches zum kommt, daß die erhalten hat Grundbesitz der außerordentlichen Zahl 23

Die Instandsetzung des Eisenbahnmaterials

Die Wiederinstandsetzung des durch den Krieg und die Reparationsleistungen stark mitgenommenen Wagen- und Lokomotivbestandes der Deutschen Eisenbahnen wurde kürzlich, so berichtet die Politische Zeitung, im Sachverständigen-Beirat des Reichsverkehrsministeriums aus Anlaß der Beratung des Reichsverkehrsministeriums für Reparaturaufträge an die Privatindustrie behandelt. Als sich nach Beendigung des Krieges die Notwendigkeit herausstellte, in großem Umfange und möglichst schnell die Eisenbahnmittel wieder instand zu setzen, hat sich [illegible] Umfange der Privatindustrie [illegible] in [illegible] Werkstätten [illegible] Im Privatbetrieb sind bisher 2171 Lokomotiven [illegible] Lokomotivkessel hergestellt, 2346 Personenwagen [illegible] instandgesetzt worden. Im Etat für 1920 [illegible] und im Etatsentwurf für 1921 [illegible] Mitteln [illegible] worden.

Die [illegible] Kalkulationen im Reichsverkehrsministerium [illegible] daß die Kosten der Gesamtherstellung [illegible] und den eigenen Werkstätten der Bahnen [illegible] sind. Bei den Lokomotiven-Reparaturen stellten [illegible] der Privatwerke etwa 20 bis 60 v. H. höher [illegible] in den Werkstätten der Eisenbahnverwaltung. Hierzu ist aber in Betracht zu ziehen, daß die Reparaturleistung der Eisenbahnwerkstätten [illegible] und [illegible] viel größer war als [illegible] Eisenbahnwerkstätten.

Die Privatindustrie und alle die [illegible] Lokomotiven [illegible] worden, bei denen die [illegible] Geschäfte [illegible] Maschinenfabrik vorliegen. Diese am [illegible] Geschäfte [illegible] Fachmann und nach der Ansicht der technischen Sachverständigen des Reichsverkehrsministeriums so gründlich durchrepariert [illegible] sind an ihnen minderwertige Teile wie [illegible] wurden, in so weitgehendem [illegible] gegen erstklassiges Material ausgewechselt worden, daß [illegible] für die Reparatur dann die verlängerte Lebensdauer der reparierten Maschinen mehr als ausgeglichen worden [illegible] Man rechnet damit, daß infolge der qualitativen Verbesserung [illegible] in die Reparaturindustrie durchreparierten Maschinen diese [illegible] erst nach sechs Jahren wieder einer gründlichen Instandsetzung zu unterziehen sind.

Die Reparaturindustrie, insbesondere so leistungsfähige Werke [illegible] in Hamburg und die Lokomotivfabrik der [illegible] in Henningsdorf, sind mit ganz neuen Verfahren an die [illegible] der Durchreparierung [illegible] zusammengebrochener Maschinen herangegangen. Die Techniker der Reichsbahnverwaltung haben aus den neuen Methoden der Reparaturindustrie die wertvollsten Anregungen für die Verbesserung der Arbeitsmethoden in den Reichsbahnwerkstätten gewonnen. Das Reichswerk Plauen, in dem neuerdings eine moderne Werkstatt für Lokomotiven-Ausbesserung eingerichtet werden soll, wird nach den Grundsätzen eingerichtet werden, die in der Privatindustrie für die Lokomotiven-Reparatur durchgeführt sind. Im Gegensatz zu den älteren Eisenbahn-Werkstätten, wo fast die gesamten Arbeiten an einer zu reparierenden Maschine in einem Raume durchgeführt werden, wird hier der Reparaturvorgang in drei räumlich getrennte Phasen zerlegt werden: Demontage, unreine Arbeiten und reine Montage.

In den nächsten Jahren wird naturgemäß der Umfang der Reparatur-Aufträge für die Privat-Industrie zurückgehen, da der Höhepunkt des Reparaturstandes überschritten ist, und der Auftragsbestand, der an die Privatindustrie vergeben werden kann, geringer werden soll, um diese möglichst lange zu beschäftigen. Die von einer Berliner Korrespondenz an die Ausführung geknüpfte Kombination, das Reichsverkehrsministerium oder die Reparaturgründungsbetriebe hätten die Absicht, Neubauten in den eigenen Werkstätten oder gar in einer eigenen Lokomotivenfabrik herstellen, sind durchaus unzutreffend.

Die Reichseisenbahnverwaltung ist nur angelegentlich bemüht, in der Ausgestaltung der vom Minister Oeser im Jahre 1920 eingeleiteten Reform der Eisenbahnwerkstätten die Abwicklung durch Lohn- und Prämienmethoden zu heben, die gegen sind, das in der Industrie jetzt lebhaft angeregte Selbstinteresse des Arbeiters an der guten und schnellen Leistung auch bei den Staatsarbeitern zu erwecken. Dieses Bestreben wird von den [illegible] der Arbeiterschaft lebhaft unterstützt. Damit es allgemeine zur Geltung kommen kann, ist aber die Ausbildung einer gehobenen Arbeiterkategorie erforderlich, die in den Werkstätten mit demselben Interesse und Geschick bei der Bewertung unter Arbeitskräfte und Material die Funktionen des Leiters der großen Privatwerke ausübt.

Sächsische Angelegenheiten

Die jetzigen Kirchensteuern

Am Dienstag haben wir unsre Leser über die Grundzüge der neuen Kirchensteuern nach der Regierungsvorlage unterrichtet und dabei hervorgehoben, daß in Zukunft der Kirche nur Zuschläge auf die Einkommensteuer gestattet sein sollen. Das gilt aber nicht nicht für die jetzige Zeit, insbesondere noch nicht für das Steuerjahr 1920, das sich auf die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 erstreckt. Für diese Zeit ist die Kirche, soweit sie Steuern vom Einkommen erhebt, zwar an einen Zuschlag von 5 Prozent gebunden, sie kann daneben aber auch noch Grundsteuern erheben. Zeitlich ist im wesentlichen maßgebend das sächsische Kirchen- und Schulsteuergesetz vom 11. Juli 1913. Danach darf dann, wenn eine kirchliche Einkommensteuer erhoben wird, mindestens 30 Prozent des gesamten Steuerbedarfs durch die Grundsteuer zu decken. Für die Erhebung der kirchlichen Grundsteuern sind in der Hauptsache die seitherigen Regulative maßgebend, jedoch mit der im Vollzugsgesetz vorgesehenen Einschränkung, daß die Zuschläge zur Grunderwerbssteuer nicht mehr als 0,5 Prozent des Grundstückswerts betragen dürfen.

In einem Punkte ist eine anderweite wichtige Änderung eingetreten. Seither stand der Kirche auch ein Recht auf die Besteuerung der Grundstücke von Dissidenten zu. Befreit waren nach § 13 des Kirchensteuergesetzes nur solche natürliche Personen, die nicht dem Bekenntnis der Kirchengemeinde angehören, jedoch Mitglieder einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind, die in Sachsen das Recht der Steuererhebung hat. Diese Vorschrift kam in der Hauptsache der katholischen Kirche zugute, die dadurch von 1913 an in Besitz der Grundsteuern kam, soweit sie von ihren Mitgliedern gezahlt wurden. Der seitherige Zustand war der, daß für jedes Grundstück auch Kirchensteuern bezahlt werden mußten. Das ist durch den § 17 des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz geändert worden, der bestimmt, daß die Kirche nur von ihren Mitgliedern Steuern erheben darf und dieser Grundsatz auch für die Grundsteuer gilt. Sonst darf die Kirche Steuern vom Grundbesitz der Dissidenten oder auch nur der aus der Kirche ausgetretenen Personen jetzt nicht mehr erheben.

Daß es in Zukunft kirchliche Grundsteuern überhaupt nicht mehr geben wird, haben wir schon in der Dienstag-Nummer unsrer Zeitung an dieser Stelle des Näheren ausgeführt.

Der sächsische Arbeitsmarkt im Januar

(Bericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung)

Die Lage des sächsischen Arbeitsmarkts hat sich im Januar weiter verschlechtert. Die andauernde Belastung des Wirtschaftslebens durch die Forderungen der Feindbündler wirkt lähmend auf den Geschäftsgang in allen Industriezweigen. Bei der Unsicherheit der Lage vermindern sich die Auslandsaufträge, auf die Sachsen besonders angewiesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarkts setzt sich in der Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden, die Anfang Februar bei 56 größeren Arbeitsnachweisen 90 591 gegen 83 515 bei 59 Arbeitsnachweisen Anfang Januar betrug. Die Zahl der Erwerbslosen im ganzen Sachsen ist wesentlich höher.

In der Landwirtschaft hat sich die Zahl der Erwerbslosen bei den an der Zählung beteiligten Arbeitsnachweisen auf 3000 erhöht, worunter sich allerdings eine große Zahl Sommerarbeiter befindet. Nach Ostpreußen konnten einige Trupps längerer Arbeitslose wieder in ihre alten Arbeitsstellen vermittelt werden. — In der Industrie der Steine und Erden hat sich die Arbeitsmarktlage für Steinmetzen verschlechtert. In den Steingießereien wurde die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen. Auf dem Gebiete der Glas- und keramischen Industrie wirkten schlechte Kohlenbelieferung und Auftragsmangel ungünstig ein. — Die Metallindustrie zeigte eine weitere Zunahme der Erwerbslosen, obwohl in Leipzig der Streik der Metallarbeiter beigelegt worden ist.

Auch im Spinnstoffgewerbe stieg die Zahl der Erwerbslosen weiter. — Im Holzgewerbe hielt die rückläufige Bewegung an und verschärfte sich besonders in der bautechnischen Musikinstrumenten- und der erzgebirgischen Spielwarenindustrie. — Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe waren nur die Zuckerwaren- und die Spirituosenindustrie gut beschäftigt.

Im Bekleidungsgewerbe ist der Beschäftigungsgrad zurückgegangen. Sowohl bei den Schneidern als auch bei den Schuhmachern verstärkte sich die Zahl der Erwerbslosen. Die Blumenindustrie mußte wegen Absatzschwierigkeiten die Beschäftigung einschränken. — Im Baugewerbe stieg trotz der milden Witterung, die zeitweise die Wiederaufnahme der Bauten ermöglichte, die Zahl der Erwerbslosen. — Das Vervielfältigungsgewerbe hatte für Setzer bessere Beschäftigungsmöglichkeit, dagegen gestaltete sich die Arbeitsmarktlage für Drucker ungünstiger.

Im Handelsgewerbe brachte die Auflösung der Heeresabwicklungsstellen einen erhöhten Zustrom an Erwerbslosen. — Das Gastwirtschaftsgewerbe hat nur wenig feste Stellen, die Nachfrage nach Aushilfen war etwas lebhafter. Am härtesten haben unter der wirtschaftlichen Rückgang die ungelernten Arbeitskräfte zu leiden, deren Zahl sich bei 56 Arbeitsnachweisen von Anfang Januar bis Anfang Februar von 31 500 auf 34 600 erhöhte. Die Nachfrage nach männlichem weiblichem Hauspersonal nahm nach der durch das Weihnachtsfest bedingten stillen Zeit wieder zu. Besonders wurden einfache Stützen gesucht. Der Bedarf konnte trotz den Bemühungen der Arbeitsnachweise nur zum geringsten Teil gedeckt werden.

Sachsens Anteil an den Milchkühen

Wie der Telunion-Sachsendienst an zuständiger Stelle erfährt, wird Dresden aus der amerikanischen Viehspende voraussichtlich etwa 30 Milchkühe erhalten. Auch die sächsischen Großstädte Leipzig und Chemnitz werden mit einer ähnlich hohen Zahl von amerikanischen Milchkühen rechnen können. Die genaue Ziffer kann aber erst festgestellt werden, wenn die vierwöchige Quarantänefrist abgelaufen ist, da sich erst dann überlegen läßt, was von den Tieren unbelegt verwendet werden kann.

Herr Fichte

schickt uns erneut eine dem Preßgesetz nicht entsprechende „Berichtigung", in der er bestreitet, sich wegen Erlangung des Doktortitels an einen Betrüger gewandt zu haben; er sei vielmehr einem Betrüger in die Hände gefallen, der ihm, um eine hohe Gebühr zu erlangen, vorgeschwindelt habe, sein Doktordiplom sei auf Grund der von ihm verfaßten Bücher ausgestellt worden. Es sei ferner unwahr, daß er den Namen der Sächsischen Mittelstandsvereinigung mißbraucht habe. Vielmehr hätten sowohl die Mittelstandsvereinigung wie der Allgemeine Handwerkerverein zu Dresden aus eigenem Antriebe die Anregung auf seine Berufung ins Wirtschaftsministerium gegeben; überdies habe ihm auch der Landesausschuß des Sächsischen Handwerks vor einem halben Jahre die Stellung eines ersten Sekretärs angeboten.

Wir haben damit das Wesentliche der Fichteschen Erklärung hier wiedergegeben. Widerlegt wird damit kaum etwas, nur etwas anders dargestellt. Das haben wir Herrn Fichte nicht ganz verwehren wollen, halten es aber nun für erforderlich, die Fichte-Auseinandersetzungen zu schließen.

Die Reichswehr als Helfer

Die Bevölkerung ist gewohnt, in der Wehrmacht das vornehmste Mittel staatlicher Machtausübung zu sehen. Weniger bekannt ist es, daß die Truppe auch als Helfer bei außergewöhnlichen Notständen, wie Dammbrüchen bei Hochwasser, Waldbränden, Eisstauungen und mehr dergleichen auftreten kann, und daß sie dies oft mit glücklichem Erfolge getan hat.

Im Freistaat Sachsen sind in erster Linie die Garnisonen Freiberg und Dresden mit der Bereitstellung von Hilfskommandos für solche Zwecke beauftragt. In Zug-, Kompagnie- und Eskadronstärke sind diese jederzeit mit den erforderlichen Mannschaften und Geräten (einsatzfertigen Pontons u. s. w.) in Dresden und Freiberg zur Stelle.

Im allgemeinen soll bei der Inanspruchnahme des Militärs, auch wo die Provinz Sachsen betroffen ist, das Hilfsgesuch an die 4. Division in Dresden, Gremobierstraße 100, Fernruf 25 501, gerichtet werden, nur bei äußerster Gefahr kann der nächste Standortälteste angerufen werden und vorläufig selbständig verfügen. Ermächtigt zur Unterstützung sind an den Standorten der Truppe auch unter Umständen die Ortsbehörden; im allgemeinen sollen aber in der Provinz Sachsen die Oberpräsidenten bzw. im Freistaat Sachsen die gleichgeordneten Behörden das Ersuchen aussprechen. In besonders dringenden Fällen dürfen auch die Regierungspräsidenten, Kreishauptmannschaften usw. solche Hilfe erbitten. Den Auftrag zur Hilfeleistung erteilt dann die Division, und zwar in Sachsen an die schon genannten Formationen, in der Provinz Sachsen an das Pionier-Bataillon 4, demnächst an die Garnison Torgau. Zugar und Bevölkerung erkennen sich also, wie ersichtlich, in außerordentlichen Gefahrenzuständen, wie sie die Natur zuweilen hervorbringt, in der Wehrmacht einer allzeit bereiten, leistungsfähigen und zuverlässigen Hilfe. Wenn man hoffen darf, daß der Anlaß dieser Verwendung möglichst selten eintritt, so darf man für den Fall aus der Gewißheit ihres Vorhandseins Beruhigung schöpfen.

Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Instandsetzungsarbeiten

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe haben, wie das Leipziger Tageblatt mitteilt, das Reich und der Staat dem Rate der Stadt Leipzig etwa 2 Millionen Mark aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln können Zuschüsse für alle Arbeiten gewährt werden, die zur Instandhaltung und Ausbesserung von Gebäuden (Gebäudeabbruch, Dachumdeckungen, Dachreparaturen, Vorrichtungsarbeiten an Wohnungen usw.) erforderlich sind. In erster Linie sind Wohngebäude zu berücksichtigen. Ausgeschlossen sind Arbeiten, die eine Erweiterung von Wohnungen, Werkstätten usw. oder deren Neuherstellung durch Aus- und Anbauen bezwecken. Zu den fördernden Arbeiten sind, soweit als möglich, Erwerbslose, die dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu entnehmen sind, einzustellen.

Frauen in Innungsämtern

Auf eine Eingabe der Zittauer Gewerbekammer an das Sächsische Wirtschaftsministerium hat dieses folgende Entschließung, die für das gesamte Handwerk und Gewerbe von prinzipieller Bedeutung ist, gerichtet: „Im Hinblick auf die bevorstehende Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, betreffend Wählbarkeit von Frauen zum Schöffenamt, sowie auf Artikel 109 der Reichsverfassung, hat das sächsische Wirtschaftsministerium keine Bedenken, wenn bei Prüfung von Innungsstatuten also die Berufung von Frauen zu Innungsämtern unbeanstandet bleibt. Die betreffenden Innungen sind jedoch darauf hinzuweisen, daß es zweckmäßig erscheint, ob die Gerichte in Prozeßsachen die Wahl von Frauen als rechtsgültig anerkennen werden."

Mit dieser Entscheidung dürfte auch in den Handwerksorganisationen die Gleichberechtigung der Frauen gesichert sein.

Die sächsische Zentrumspartei

hält am Sonntag eine Landestagung ab, auf der unter anderm der Reichsgerichtsrat Burlage über die politische Lage in Deutschland und Landtagsabgeordneter Schlein über die politische Lage in Sachsen referieren sollen.

Das Glück der Gegenrevolutionäre

Gegen den Bürgermeister Brink in Glauchau, der anläßlich des Kapp-Putsches die schwarz-weiß-roten Fahnen hissen ließ, und die Beamten nicht auf die Verfassung vereidigte, ist, wie berichtet wird, nach langem Hin und Her auf dem Wege des Disziplinarverfahrens verhandelt worden. Brink war auf Antrag der Stadt Glauchau einstweilen vom Amte suspendiert worden. Ankläger im Auftrag des Ministeriums ist Bürgermeister Arlart, Verteidiger des kappistischen Bürgermeisters ist Justizrat Beutler aus Chemnitz.

Das Urteil der Disziplinarkammer geht dahin: Es liegt kein Anlaß vor, die Dienstentlassung auszusprechen. Er habe zwar mit dem Aufziehen der alten Reichsfahne voreilig gehandelt und dadurch Ruhe und Ordnung nicht gefördert, aber da er dreißig Jahre lang ein braver und tüchtiger Beamter gewesen sei, wolle man nicht auf Dienstentlassung erkennen.

Gewiß, der Herr hat wunderbares Glück gehabt. Wenn er aber nun hofft, wieder in alter Weise in Glauchau Stadtoberhaupt spielen zu können, wird er die Rechnung wohl ohne die Stadtvertretung gemacht haben.

Rückgang der Maul- und Klauenseuche in Sachsen

Die Maul- und Klauenseuche ist in Sachsen am 15. Februar in 245 Gemeinden und 761 Gehöften amtlich festgestellt worden. Der Stand am 31. Januar war 520 Gemeinden und 1587 Gehöfte.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonntagnachmittag ereignete sich auf der Straße Schönbrunn-Bollenstein ein schweres Automobilunglück. Das Privatauto des Papierfabrikanten Vitz aus Kirder-Schmiedeberg, in dem außer dem Besitzer dessen Tochter, der Prokurist Neubert und der Chauffeur Vitz genommen hatten, fuhr mit voller Geschwindigkeit gegen das Geländer der Schopau-Brücke, durchbrach dieses Überschlug sich und stürzte in die Schopau, die Insassen unter sich begrabend. Die Tochter und der Besitzer Vitz blieben unverletzt, der Prokurist und der Chauffeur wurden getötet. — Auf der Bahnstrecke Plauen—Hof wurde der 55 Jahre alte Bahnwärter Julius Otto Keßler aus Steinigen überfahren und sofort getötet. Er hatte die Strecke abzugehen. Als der Beamte einem von Hof kommenden Güterzug ausweichen wollte, trat er auf das Nebengleis und überlief dabei den aus der Gegenrichtung kommenden Schnellzug, von dem er überfahren wurde. — Aus Zittau wird gemeldet: Ein grauenhafter Fund wurde in dem hinter der Industriegärtnerei unterhalb der alten Kaserne in Reichenberg gelegenen Teich gemacht. Beim Abbauen fanden Arbeiter den Leichnam eines Soldaten, dessen Hände und Füße mit Stricken zusammengebunden waren. Ueber die Todesursache konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden, doch dürfte es sich um einen Mord handeln. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Stadt-Chronik

Sozialdemokratischer Lehrertag zu Dresden Ostern 1921

Der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Deutschlands hat beschlossen, am 24. und 25. März d. J. in Dresden den ersten Sozialdemokratischen Lehrertag Deutschlands abzuhalten. Bei der Wahl des Tagungsortes ging man wohl in Berlin von den Erwägungen aus, daß hier bei uns in Sachsen der beste Resonanzboden für eine derartige Tagung sein wird. Die Dresdner Genossen wissen das Vertrauen des Hauptvorstandes zu würdigen, und sie werden alles aufbieten, um die Vorbedingungen für eine eindrucksvolle Tagung zu schaffen. Aber alle Vorbereitungen nützen nichts, wenn uns die Lehrergenossen draußen im Reich, in erster Linie in Sachsen, im Stich lassen. Alle S.-P.-D.-Lehrer, mögen sie im Vogtland oder in der Lausitz, in Leipzig oder an der böhmischen Grenze wohnen, alle müssen durch ihr Kommen dazu beitragen, daß dieser Sozialdemokratische Lehrertag das wird, was er sein soll: eine erste machtvolle Kundgebung der Lehrerschaft in unsrer Partei, ein Tag inneren Gewinnes für alle, die in unsrer Bewegung mitarbeiten, ein Jungborn unsrer Kraft.

Von den Problemen, die den sozialdemokratischen Lehrer als Schulmann am nächsten berühren, erscheinen zwei als die zur Zeit dringlichsten: Die Frage der Gestaltung der weltlichen Schule und die Frage des Geschichtsunterrichts. Diese beiden Themen sollen am 24. März zur Verhandlung stehen, während am 25. März gemeinsam mit dem gleichzeitig tagenden Zentralbildungsausschuß der Partei die Frage der Mitarbeit der Lehrerschaft an den sozialistischen Bildungsaufgaben zur Erörterung steht. Als letzter Punkt der Tagesordnung ist dann die Beratung über das neu zu schaffende Schulprogramm vorgesehen. Die Vortragenden werden noch bekanntgegeben werden, aber es ist schon heute als sicher anzunehmen, daß es dem Hauptvorstand in Berlin gelingen wird, Leute von bestem Ruf für die verschiedenen Themen zu gewinnen.

Ein jeder Genosse, der nach Dresden kommt, muß sich darauf einrichten, daß er am 23. März bis Mittag eintrifft. Abends findet ein Begrüßungsabend mit künstlerischen Darbietungen statt. Der Abend soll vor allem auch dazu dienen, daß sich die Genossen, ehe sie sich am nächsten Tage zur Arbeit zusammensetzen, kennen lernen. Für den Freitagabend wird, weil die Abspannung nach solchen Tagungen gewöhnlich groß ist, nur ein zwangloses Beisammensein vorgesehen. Es wird aber versucht werden, Eintrittskarten für die Oper oder eines der berühmten Karfreitags-Konzerte zu besorgen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210222/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Quartierfrage ist auch in Dresden, wie in allen Großstädten schwierig. Deshalb werden alle Lehrergenossen und Genossinnen in Dresden und Vororten ersucht, einen oder mehrere Genossen bei sich in Quartier zu nehmen. Ebenso werden alle Parteigenossen, die nicht Lehrer sind, gebeten, Quartiere, auch gegen Bezahlung, für die vielen Nächte zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, bei dem bekannten Opfersinn unserer Genossen keine Fehlbitte zu tun.

Jeder Genosse, auch wer sich selbst Quartier bei Verwandten oder Bekannten besorgt, muß sich für die Tagung anmelden, da, um mittelbaren Erfahrungen auf Dresdner Lehrertagungen vorzubeugen, Teilnehmerkarten ausgegeben werden müssen, die beim Betreten des Saales vorzuzeigen sind. Alle Anmeldungen für den Lehrertag sind an den Genossen Oskar Schulze, Dresden 29, Wattbacer Straße Nr. 13, zu richten.

Gewerbegerichtswahl

Über die Einreihung von Vorschlagslisten für die Beisitzerwahlen des Gewerbegerichts erläßt der Rat zu Dresden folgende Bekanntmachung:

Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 29. Oktober 1920 läuft die Wahlbarkeit der bisherigen Beisitzer für das Gewerbegericht der Stadt Dresden am 31. März 1921 ab. Es sind auf die Dauer von fünf Jahren 200 Beisitzer und 50 Ersatzbeisitzer zu wählen, die je zur Hälfte aus der Klasse der Arbeitgeber und zur Hälfte aus der Klasse der Arbeiter entnommen werden müssen.

Zur Teilnahme an den Wahlen ist berechtigt, wer das 20. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirke des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung hat, mit Ausschluß von

1. Ausländern,
2. Personen, die die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben,
3. Personen, gegen die das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, aus die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
4. Personen, die infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind,
5. Gehilfen und Lehrlingen in Apotheken und Handelsgeschäften sowie Arbeitern, die in den unter der Militär- oder Marineverwaltung stehenden Betriebsanlagen beschäftigt sind.

Wählbar als Beisitzer sind alle vom Wahlrechte nicht ausgeschlossenen männlichen Personen, die das 30. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirke des Gewerbegerichts wohnen oder beschäftigt sind. Die Beisitzer aus der Klasse der Arbeitgeber sind von den wahlberechtigten Arbeitgebern, die Beisitzer aus der Klasse der Arbeiter dagegen von den wahlberechtigten Arbeitern zu wählen.

Als Arbeitgeber gelten die selbständigen Gewerbetreibenden, die mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Den Arbeitgebern stehen gleich die mit der Leitung eines Gewerbebetriebs oder eines besonderen Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 30 000 M. übersteigt. Von mehreren persönlich haftenden Teilnehmern eines Gewerbeunternehmens ist jeder wahlberechtigt und wählbar. Juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch ihre gesetzlichen Vertreter aus.

Als Arbeiter gelten Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge sowie Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 3 000 M. nicht übersteigt. Hausgewerbetreibende, die die Rohstoffe oder Halbfabrikate selbst beschaffen, zählen, sofern sie sich nicht als selbständige Gewerbetreibende angemeldet haben, zu den Arbeitern.

Die Wahl der Beisitzer findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt derart, daß die Stimmenabgabe auf gebundene Listen beschränkt ist. Zu diesem Zweck sind von den wahlberechtigten Arbeitgebern und Arbeitern Vorschlagslisten einzureichen, die die zu wählenden je 100 männlichen Beisitzer und 25 Ersatzbeisitzer unter Angabe von Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung enthalten müssen. Beisitzer und Ersatzbeisitzer sind getrennt aufzuführen. Bei Vorschlagslisten, die die erforderliche Anzahl von Personen enthalten, auf denen aber Beisitzer und Ersatzbeisitzer nicht getrennt aufgeführt sind, werden die erstaufgeführten 100 Namen als für die Beisitzer, die folgenden 25 Namen als die Ersatzbeisitzer bestimmt angesehen. Die Vorschlagslisten bedürfen der Unterschrift von 50 Wahlberechtigten, die nach Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung zu bezeichnen sind. Personen, die mehr als eine Liste unterzeichnen, werden hierbei nicht mitgezählt. Die Einreichung der Vorschlagslisten hat beim Wahl- und Listenamt (Landhausstraße 17, Erdgeschoß) zu erfolgen. Hierzu wird eine Frist bis mit einschließlich den 5. März 1921 festgesetzt. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Vorschlagslisten bleiben unberücksichtigt.

Noch ein Landfriedensbruchprozeß

Wegen Landfriedensbruchs und gemeinschaftlicher Nötigung hatten sich in einer mehrstündigen Verhandlung vor der 5. Strafkammer zu verantworten der Mechaniker Gustav Adolf Schneider, 25 Jahre alt, der 23jährige Arbeiter Emil Friedrich Alexander Marquardt, beide vorbestraft, ferner der mehrfach bestrafte Kinovorführer Max Wilhelm Bauer, 31 Jahre alt, der ebenfalls oft bestrafte 23jährige Arbeiter Oswald Alwin Steglich, der 21jährige Arbeiter Ernst Hermann Miehler, der 20jährige vorbestrafte Arbeiter Hans Willibald Müller und der 28jährige Grünwarenhändler Max Erich Mittag. Nach der Anklage sind die beiden Erstgenannten am 13. Juli 1920 mit Gewalt in das polizeilich abgesperrte Lebensmittelamt (Hotel Kronprinz, Hauptstraße und Heinrichstraße) unter dem Schutze einer großen Menschenmenge und an deren Spitze eingedrungen, um Gewaltsamkeiten gegen Personen und Sachen zu verüben (§ 124 und 125 StGB.). Der zweite Punkt der Anklage richtet sich gegen die fünf weiter Genannten; ihnen wird zur Last gelegt, am 14. Juli den Gastwirt Peter im Italienischen Dörfchen gezwungen zu haben, je 1 Zentner Mehl und Zucker an eine aus Hunderten bestehende erregte Menschenmenge herauszugeben.

Zum ersten Fall behaupten beide Angeklagten Sch. und M. durch Zufall in die Menschenmenge geraten zu sein. Plötzlich sei auf der Hauptstraße gerufen worden, daß in der Heinrichstraße Akten „hinten herausgebracht" würden. M. ist sofort hingelaufen und hat einem Diener die Aktentasche und einen Stoß Akten weggenommen. Dabei hat er sich mit Gewalt in das Gebäude gedrängt und ist vom Mitangeklagten Sch. über die zur Kette verschlungenen Arme der Polizeibeamten hinweggetragen worden. Mittlerweile sei gerufen worden: „Nach der Rosenstraße, in die Redaktion der Unabhängigen Volkszeitung!" M. habe die Akten einstweilen behalten, da er sich der Menge anschloß, und habe sie am nächsten Tage dem Eigentümer Sekretär Schrader abgeliefert. Vom Polizeioberinspektor F. und zwei Polizeiwachtmeistern Sch. und L. wurde diese Schilderung bestätigt.

Zum zweiten Falle, am 14. Juli, stellte die Beweisaufnahme fest, daß eine große Menge Erwerbsloser gegen Mittag vor dem Restaurant Italienisches Dörfchen erschienen sei, angeblich, um durch Schleichhandel erworbene Nahrungsmittel, die dort in großen Mengen vorhanden sein sollten, zu beschlagnahmen. Man fand im Keller und Vorratsräumen Mehl, Zucker und andere Artikel. Eine sofort gewählte Kommission, zu der die zuletzt genannten fünf Angeklagten gehörten, beschloß sofort, je einen Zentner Zucker und Mehl pfundweise an die Verdienstlosen der anwesenden Erwerbslosen gegen die örtlichen Preise abzugeben. Aus Furcht, daß ihm sonst von der erregten Menge alles zerschlagen wurde, willigte der Inhaber Gastwirt Peter ein. Als eine Stunde später Oberleutnant Großmann mit einer Abteilung Reichswehrkavallerie erschien, war die Sache fast vorüber. Da der Wirt mit der Erledigung im Sinne der Kommission einverstanden war, glaubte der Offizier, keine Veranlassung haben zu haben, einzuschreiten und beschränkte sich darauf, mit seinen Leuten auf Ordnung zu halten.

Der Staatsanwalt beantragte, Schneider und Marquardt wegen Landfriedensbruchs, Bauer, Steglich und Müller wegen Nötigung zu bestrafen. Der Mittag hatte er die Verurteilung in das Ermessen des Gerichts. Das Urteil lautete auf Verurteilung in das Ermessen des Gerichts. Das Urteil lautete auf Gefängnis. Gegen den Schuhmacher Sch. und M. auf je sechs Monate, gegen den B., St. und M. auf je eine Woche Gefängnis. Müller und Mittag wurden als nicht überführt freigesprochen.

Der Weiße Hirsch und seine Eingemeindung

In der Sonntagsnummer des Kur- und Fremdenblattes für Weißer Hirsch wird eine Eingabe des dortigen Ortsvereins an den Gemeinderat und an den Rat zu Dresden veröffentlicht, die ein großes Bündel Wünsche und Anregungen enthält. Diese Wünsche gipfeln in der Hauptsache in der Forderung einer zweckmäßigen Straßenbahnverbindung, einer Fernanschließung des Kurparks bis tief in die Promenade, einer Fernanschließung des Kurparks bis tief in die Heide („Alte Acht" und „Der Zweck"), einer Verlegung und Ausdehnung des Sport- und Rennplatzes, einer eventuellen Ueberbrückung des Stechgrundes, in dem die Schwefelquelle notdürftig aufgebaut werden soll, einer Ableitung des durchfahrenden Automobilverkehrs, einer Durchführung der Linie 11 bis Hauptbahnhof, Schaffung einer achtklassigen Schule in der Heide und vielem anderen mehr.

Mit der Bildung eines Kurausschusses scheint man sich in die Reihen gesetzt zu haben, denn nicht nur die Ortsverwaltung (siehe Nr. 40), sondern auch obiger Ortsverein protestiert lebhaft gegen eine Zusammensetzung und fordert Anwendung der Verhältniswahl. Wegen des Kurdirektorpostens heißt es in einer Note: „... es gehen ganz bestimmte Gerüchte, daß über Besetzung dieser Stelle Abmachungen bereits vorliegen und als Kurdirektor seien Länglt eine Persönlichkeit bestimmt ist, deren Tätigkeit für den Ort keine sonderliche genannt werden kann. Der Mangel an Beschäftigung soll aufgehoben sein durch fremdenhafte Vergnügungen zu Herrn Wilhelm, der er oft gerne durchmachen läßt ..." — Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß sich Gemeindevorstand Herre auf diesen Kurdirektorposten spitzt, da er vielleicht glaubt, sich für den Verstandesposten schadlos halten zu müssen. Diese feine Pfründe dürfte ihm aber noch gewaltig versalzen werden, denn auch in bürgerlichen Kreisen hat Herre wenig Freunde.

Ein Streiflicht aus der Vorkriegszeit

Was früher Gegenstand der Erörterung durch die amtshauptmannschaftlichen Gemeindevertretertage war, zeigt ein Bericht aus dem Jahre 1911:

„Politische Betätigung von Gemeindebeamten. Die Gemeindevorstände wollen bei sich bietender Gelegenheit nicht bei Zumen, die ihnen unterstellten Beamten darauf hinzuweisen, daß mit der Bekleidung eines Gemeindeamtes unvereinbar die Betätigung einer staatstreuen, monarchischen und vaterländischen (mehr nicht! D. E.) Gesinnung verbunden sein muß und daß Gemeindebeamte mit dieser Pflicht in Widerspruch kommen, wenn sie bei Wahlen ihre Stimme für Kandidaten abgeben, die nicht auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen."

Wenn die Sozialdemokratie den Terror des damaligen Deutschlands oder heutigen Auslands sich zu eigen machte, müßte ein ähnlicher freiheitlicher Erlaß ihr erster Schritt sein. Da wir aber keine Politiker der Gewalt sind, erleben wir heute die Freude, daß sich die höheren Staatsbeamten, die, um mit dem Bericht zu sprechen, „nicht auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen", mit Händen und Füßen gegen die Demokratisierung der Verwaltung — als einer Form der Entwicklung, nicht der Gewalt — wehren. Wahrlich, man könnte bedauern, daß die Revolution nicht einen Schritt weiterging.

Argus.

Lohnnachweisungen und Kassenbeiträge. Wie die vielen Anfragen an die Finanzämter vermuten lassen, scheint vielfach die Meinung vertreten zu sein, daß in Spalte 11 der von den Arbeitgebern bis 28. d. M. für Lohnempfänger usw. einzureichenden Einkommennachweisungen, in der nach den abgezogenen Kassenbeiträgen gefragt wird, auch die vom Lohne innebehaltenen Steuerbeiträge mit anzugeben werden sollen, obgleich der Wortlaut diese Deutung nicht zuläßt. Um allen Zweifeln zu begegnen, sind wir ersucht worden, darauf hinzuweisen, daß unter abgezogenen Kassenbeiträgen die gesetzlichen Steuerbeiträge nicht mit zu verstehen sind.

Konfirmandenanzüge. Das Bezirksamt für Kriegerfürsorge Dresden-N., Hauptstraße, Hotel Kronprinz, teilt uns mit, daß Bestellungen auf Konfirmandenanzüge von Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten nur noch bis Freitag den 25. Februar angenommen werden. Später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden. Wir ersuchen alle darauf Reflektierenden sich rechtzeitig an obengenannte Stelle zu wenden. Der Kostenpunkt ist mit vorzustellen.

28. Volksschule, Marienhofstraße. Donnerstag, abends Punkt 7 Uhr, in der Turnhalle Elternabend. Herr Lehrer Giewey spricht über: Vor wichtiger Entscheidung in der Frage des Religionsunterrichts. Anschließend freie Aussprache. Die Lehrerschaft und der Elternrat bitten um zahlreichen Besuch.

Elternräte im 5. Kreis. Die Genossen und Genossinnen, die als Elternräte gewählt sind, werden ersucht, in den Schulen, vor allem in den ersten Mädchenklassen, auf die Versammlung am Donnerstag im Odeum hinzuweisen. Es wird die Bedeutung unserer Mädchenfortbildungsschule behandelt.

45. Volksschule, Dresden-Reick. Die Eltern der unsere Schule besuchenden Kinder werden gebeten, zu dem am Donnerstag stattfindenden Elternabend recht zahlreich zu erscheinen. Es soll zur Gründung eines Elternrates Stellung genommen werden. Der Elternabend findet um 7 Uhr in der Schule statt. Beide Eltern haben Zutritt.

Reichssektion Gesundheitswesen. Mittwoch, abends 8 Uhr, im großen Volkshaussaal, Nitzschkastraße 2, Mitgliederversammlung. Erscheinen aller dienstfreien Kolleginnen und Kollegen ist Pflicht. Mitgliedsbuch oder -karte ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Verlustanzeige. In einem Abteil 3. Klasse des Zuges, der 5.54 Uhr früh vom Hauptbahnhof abfährt, ist zwischen Hauptbahnhof und Station Strehlen von einem Arbeiter eine schwarze Glanzleinwandtasche liegen gelassen worden, die unter anderem Krankenkassenmarken und bares Geld enthielt. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Tasche in der Volksbuchhandlung, Bautznerplatz 10, abzugeben oder Nachricht dahin gelangen zu lassen.

Vorverkauf für Sarrasani. Der außerordentliche Andrang, den die Zirkusvorstellungen besonders am Sonnabend und Sonntag finden, veranlaßt die Direktion, darauf hinzuweisen, daß bis Sonntag einschließlich bereits der Vorverkauf eröffnet ist. Er findet sowohl an der Zirkuskasse wie im Residenz-Kaufhaus statt.

Unzulässige Verwendung von Signalpfeifen. In letzter Zeit hat die Verwendung von doppeltönigen Signalpfeifen, die den von den Polizeibeamten im Dienste benutzten gleich oder auffallend ähnlich klingen, durch Privatpersonen immer mehr überhandgenommen. Das Polizeipräsidium macht darauf aufmerksam, daß die Verwendung derartiger Pfeifen durch Privatpersonen verboten und nach §§ 134, 145 der Verfassungsordnung strafbar ist. In Zukunft wird außerdem die Wegnahme der Pfeifen erfolgen. Diese Maßnahme ist zum Schutze des Publikums getroffen, da durch die Verwendung der doppeltönigen Signalpfeifen die Polizeibeamten, namentlich zur Nachtzeit, irreführt und die öffentliche Ordnung gefährdet.

Diebstähle. Aus einem Gartenhaus im Grandhotel-Union-Hotel, am Bismarckplatz, sind am 1. Februar fünf bis sechs weiße Damasttischtücher, 30 bis 48 Servietten, sechs weiße Bettbezüge, 12 weißleinene Handtücher mit blauer Kante und 11 Handtücher mit roter Kante, 12 weiß- und rotkarierte Bettbezüge mit dazugehörigen Kopfkissenbezügen und 12 weiße Bettücher gestohlen worden. — Aus einem Geschäftsraum in der Serreistraße sind am 21. Februar, nachmittags, außer einem geringen Geldbetrage, sämtliche Geschäftsbücher, wie Hauptbuch, Kassabuch, Verkaufsbuch, Konto-Korrentbuch, Handkassabuch usw. gestohlen worden. Für Wiedererlangung der gestohlenen Bücher hat die geschädigte Firma 100 M. Belohnung zugesichert.

Vermischte Nachrichten. Das vorzeitige Schließen der Dienstlampen. Am Sonntag abend gegen 6 Uhr mußte in einer Wohnung des Hauses Louisenstraße 24 in der Nähe der Dienstlampe geöffnet werden, als nach Feuer im Ofen aussah. Durch der hierdurch in die Küche ausgeströmten Kohlenoxydgase waren ein Mann und zwei Frauen das Bewußtsein verloren. Nach vor Eintreffen der Sanitätsmannschaft war bei ihnen das Bewußtsein wieder zurückgekehrt. — Tot aufgefunden wurde in einer Wohnung eines Hauses der Naußlitzstraße ein 20jähriges Mädchen, das mit Leuchtgas Selbstmord verübt hatte. — Amerikanische Spende. Durch Vermittlung einer Dame in Boston ist dem städtischen Kinderhaus die Summe von 2000 M. zum Besten der dort untergebrachten Kinder überwiesen worden. Der Betrag soll zur Stärkung und Kräftigung besonders schwächlicher Kinder Verwendung finden.

Dresdner Umgebung

Raubbau an der Natur

Wir berichteten kürzlich über die im Geldschadenbereich vorgenommenen Abholzungen im Röthnitzer Grunde und in Weißschuhe. Dazu erhalten wir noch folgende Ergänzung:

Der sich von Röthnitz nach Gutschütz hinziehende, von Dresdner Ausflüglern viel besuchte Röthnitzer Grund ist bestanden von Eichen (zum Teil sehr alten), Birken und Erlen. Am unteren Ende liegt die bekannte Gutschützer Mühle. Im vorderen Teil bildet das Rittergute Röthnitz die Talsohle auf eine Länge von etwa 100 Meter kahlgeschlagen worden. Ein weiteres, gleich großes Stück soll folgen.

Das Holz ist auf dem Stocke vom Besitzer, Herrn Baron v. Fink, Amtshauptmann in Leipzig, an den Besitzer des Rittergutes Röthnitz, Herrn Hennig, verkauft, und dieser läßt es schlagen. Hierdurch verliert der Grund in seinem vorderen Teile viel von seiner Schönheit. Dies wird von der dortigen Bevölkerung schwer empfunden. Auch Herr Hennig gab dies zu, versicherte aber, daß alsbald mit der Neupflanzung von Eichen begonnen werden soll.

Unweit des jetzigen Kahlschlags steht außerhalb der am Grunde nach der Straße hinaufziehenden Parkmauer eine größere Anzahl uralter Eichen. Auch diese mehrhundertjährigen Bäume sollen gefällt werden. Es ist tief bedauerlich und geradezu unbegreiflich, wie sich Herr Baron v. Fink von diesen ehrwürdigen Wächtern seines schönen Besitzes trennen kann. Wert und Preis gibt es keine solchen herrlichen Eichbäume.

Der Landesverein Heimatschutz hat sich nach Kenntnisnahme unserer Notiz an Herrn Amtshauptmann v. Fink gewandt und ihn gebeten, doch keine so radikalen Abholzungen vornehmen zu lassen, vielmehr den Wald nur durch Herausnahme einzelner Bäume zu nutzen. Weiter bat der Verein um Schutz der alten Eichen auf dem Rittergut. Trotz Erinnerung erfolgte keine Antwort. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Bitte des Landesvereins Heimatschutz doch nicht unachtet verhallt und das gefällte Urteil über diese Naturdenkmäler und Zeugen vergangener Jahrhunderte rückgängig gemacht wird.

Noch furchtbarer als die Abholzungen im Röthnitzer Grunde sind die am Lilienstein, wo die Industriewerke in Königstein einen Raubbau an der Natur treiben, wie er in Sachsen wohl einzig dasteht.

Fälle, wie die angeführten, ereignen sich jetzt tagtäglich. Der Verein Heimatschutz wird vielmals um Hilfe angerufen, die leider nur darin bestehen kann, daß die Besitzer auf den Wert solcher Güter der Allgemeinheit hingewiesen und gebeten werden, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen. Es fehlen gesetzliche Bestimmungen über die Nutzung des Waldes in Privatbesitz. Das Reichsforstkulturgesetz ist zwar ein Reichsforstkulturgesetz in Arbeit, aber wann es erscheint, läßt sich noch nicht absehen. Der Heimatschutz hat deshalb bei der sächsischen Regierung ein Forstkulturgesetz als Notgesetz beantragt.

Die angeführten Fälle sollten die Regierung veranlassen, schleunigst ein Gesetz zu schaffen, das die Bewirtschaftung des Privatwaldes regelt, sonst wird im Profitinteresse noch weit mehr unersetzbarer Schaden in der Natur angerichtet. Die Redaktion möchte wir bitten, in jedem Falle, wo sie von Abholzungen und sonstigen Naturverwüstungen rechtzeitig Kenntnis erhält, dem Vorstand Heimatschutz Mitteilung zu machen, damit er Gegenmaßnahmen ergreifen kann.

Die Wachwitzer Hasenfüße

In der gestrigen Gemeinderatssitzung zu Wachwitz lag ein Antrag zur Beratung und Beschlußfassung, der von der letzten Einwohnerversammlung angenommen wurde und besagte, daß bei den zuständigen Behörden sofort Schritte zu unternehmen seien, um die Eingemeindung des Ortes nach Dresden in die Wege zu leiten. Von den Arbeitervertretern wurde beantragt, diesen Punkte der Tagesordnung vor andern minderwichtigen den Vorrang zu geben. Vor der Abstimmung darüber verließen jedoch die anwesenden fünf bürgerlichen Vertreter die Sitzung und machten dadurch das Kollegium beschlußunfähig. Vorher offenbarte noch einer dieser Herren seine Geistesverfassung, indem er erklärte, die letzte Einwohnerversammlung sei als „Internationale" anzusprechen, da die Einladung zu derselben mit keinem Namen gedeckt gewesen sei. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Bürgerlichen kurz nach dieser Einwohnerversammlung in einer Privatvilla, also hinter verschlossenen Türen tagten, um zu der Frage der Eingemeindung Stellung zu nehmen.

In der gestrigen Sitzung fehlten von den Bürgerlichen ein Mann. Deshalb haben die Gegner wohl aus Furcht, überstimmt werden zu können, das Hasenpanier ergriffen. Sie können versichert sein, daß sich obiger Antrag auch wieder auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung befinden wird. Die Herren werden also in dieser Frage noch Farbe bekennen müssen! Die „Internationale" wird auch künftig auf dem Posten sein!

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk. Die Bezirksleiter und Ortsgruppenvorsitzenden werden gebeten, sofort an das Sekretariat, Dresden-A., Seestraße 10, 1., einzusenden: 1. Die genauen Adressen der S.P.D.-Mitglieder und Stellvertreter der Steuerrevisionskommissionen. 2. Die Adressen der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter der einzelnen Orte. Schnelle Erledigung liegt im Interesse der in Frage kommenden Genossen.

Kinderschutzkommission Trachenberge. Morgen, nachmittags 3 Uhr, Treffen der Kinder Rückertstraße 20.

Parteiversammlung

Gruppe Striesen, Gruna, Tolkewitz, Blasewitz

Genosse Wenzer hielt einen mit großem Interesse entgegengenommenen Vortrag über: Sozialismus als Weltanschauung. In vorzüglicher Weise erläuterte er, daß nicht die Idee der christlich-religiösen oder der liberalen Weltanschauung, sondern einzig und allein die Verwirklichung des Sozialismus es vermöge, die Menschheit aus ihrer gegenwärtigen Not emporzuheben. Er forderte die Anwesenden auf, überall die schädigenden Lehren der christlichen Kirche zu bekämpfen, damit es uns endlich gelingt, die Menschheit im Sinne ethischer Kultur zu wirklich freiem Gesellschaftsleben zu erheben. Genosse Lombach soll ersucht werden, in nächster Zeit einen Vortrag über Einrichtungen und Befugnisse unserer Vertretungen zu halten. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Genossen Schulz aufzufordern, sich gegen den Vorwurf parteischädigenden Verhaltens zu rechtfertigen. Der Besuch war mangelhaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210222/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftsbewegung

Achtung! Betriebsräte!

Die Generalversammlung der Betriebsräte am 9. Februar beschlossen, die diesjährigen Wahlen der Betriebsräte an dem Tage stattfinden zu lassen. Daraufhin ist der 31. März als Wahltag bestimmt worden. Die Betriebsräte werden ersucht, unverzüglich durch Wahl von Wahlvorständen die Neuwahlen der Betriebsräte einzuleiten.

Diejenigen Betriebsräte, die im vergangenen Jahre gewählt wurden, aber jetzt noch nicht zur Wahl stehen, werden ersucht, ihre Mandate geschlossen den Wählern zur Verfügung zu stellen, um so die einheitliche Wahl zu ermöglichen.

Nähere Informationen gehen den Betriebsräten noch zu.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.
Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden.
Ortskartell des Afa-Bundes.

Generalversammlung der Gastwirtsangestellten

In der Generalversammlung des Zweigvereins Dresden des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Gastwirtsgehilfen am 10. Februar erstattete Ullmann den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben stiegen etwa auf 20 Mill. M. bei einem Kassenbestand von 300 000 M.

Der Geschäftsbericht gab Müller, der die Schwierigkeiten der letzten Tarifverhandlungen hervorhob, die nur durch einen Kampfbeschluß und intensive gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder behoben lassen. Durch persönliche und schriftliche Bemühungen ist dem Tarif Geltung verschafft und es wurde besonders dem Hilfspersonal bei Lohnerhöhungen und ungerechtfertigter Entlassung ein Betrag von rund 7000 M. ausgezahlt werden. Die Mitgliederzahl bewegte sich in auf- und abgehender Linie. Redner rief den Mitgliedern zu, Schwere Zeiten haben wir noch viel schwerere Zeiten vor uns. Gute Organisation ist Macht, schlechte Organisation bedeutet Unterdrückung. Es gilt, auf neuen Wegen zu neuen Zielen!

Zum Geschäftsführer wurde Müller über die Bundesgeneralversammlung gewählt, obwohl die Mehrheit der Mitglieder, dazu auch in Zeitungen, für den Zentralverband stimmte, ist doch eine Zweidrittelmehrheit nicht erzielt, da keine Zweidrittelmehrheit vorhanden war. Der Zentralverband ist deswegen nicht mehr an seinen bisherigen Geschäftsführer gebunden. Alle Kollegen und Kolleginnen müssen dafür sorgen, daß die Bundesvereine sich an den Zentralverband anschließen.

Der Antrag der Abteilung: Kellner innen, auf Anstellung einer weiblichen Beamtin, wurde als zur Zeit undurchführbar abgelehnt.

Der Antrag der Abteilung: Kellner, auf Beitragserhöhung, wurde, da für Kellner noch nicht nach dem Statut vorgenommen ist, nach eingehender Begründung und Debatte angenommen.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter

Der Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Dresden, hielt am 11. Februar in der Zentralhalle die Jahresgeneralversammlung ab.

Im Geschäftsbericht erhielte der Bevollmächtigte Grafe, daß alle Industrien, die diese Organisation zu vertreten hat, sind schwer mitgenommen worden, ohne daß sich dadurch die Lage der Arbeiterschaft verbessert hat. Die fortwährenden Schwankungen der Tariflöhne brachten es mit sich, daß die Tarifverträge nur von sehr kurzer Dauer waren. Dadurch war eine immense Arbeit zu erledigen. 1203 Sitzungen, Versammlungen, Verhandlungen mit Unternehmern, mit Arbeitgeberverbänden, Vertretungen in Schlichtungsausschüssen und Gewerbegerichten, Konferenzen usw. mußten abgehalten werden. Im ganzen sind 127 Lohnbewegungen geführt worden, die einen Mehrverdienst für die Arbeiter von zirka 60 Millionen Mark brachten. Der Ausbau des Verbandes hat größere Fortschritte gemacht. Die Zahl der Betriebe vermehrte sich mehr und mehr. Der Widerstand der Unternehmer gegen den Abschluß von Bezirks- oder Reichstarifverträgen geht zurück. Ein immer größerer Teil hat erkannt, daß diese Art der Regelung vorteilhafter als die bisherige Regelung ist. Bei Schlichtung von Streitfällen zwischen Betriebsräten und Unternehmern haben die Schlichtungsausschüsse nicht in allen Fällen so entschieden, wie es den Verhältnissen entsprach. Vor allen Dingen müsse die Entscheidung vom Einzelfall beschleunigt werden. Zur Ausbildung der Betriebsräte und sonstigen Funktionäre sowie aller Mitglieder des Verbandes sind Unterrichtskurse, Lichtbildervorträge usw. abgehalten worden. Im vergangenen Jahre war eine Mitgliedereinbuße von 409 zu verzeichnen, hauptsächlich wegen Entlassung der Eingesessenen aus den Betrieben. Außerdem sind andere Verbänden übergetreten 1191, während in andere Verbände 238 übertraten, so daß der Verband an andere Organisationen 953 Mitglieder weiter abgeben mußte. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresschluß 4511 männliche, 5770 weibliche, zusammen 10 281 Mitglieder.

Nach dem Kassenbericht hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 471 508 05 M. Für Streikunterstützung wurden 35 000 M., für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung 133 000 M. verausgabt. Der Hauptkasse konnten 214 155 M. übersandt werden. Die Zahlstelle hatte einschließlich des Kassenbestandes eine Gesamteinnahme von 364 875 67 M. Für Streikunterstützung wurden aus der Zahlstelle zirka 25 000 M. ausgegeben. Die Gesamtausgabe der Zahlstelle betrug 300 362 M.

Nach einer kurzen Aussprache wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Die Neuwahlen wurden glatt erledigt.

Der Antrag, Annoncen und sonstige Mitteilungen der Organisation auch im Kampfer, dem kommunistischen Organ, das in Chemnitz in Sachsen erscheint, zu veröffentlichen, wurde nach einer sehr lebhaften Aussprache mit einer ganz geringen Mehrheit angenommen; dabei muß man aber leider feststellen, daß ein ziemlich erheblicher Teil der Versammlungsbesucher von seinem Abstimmungsrecht gar keinen Gebrauch gemacht hat.

Zum Schluß lag eine Resolution eingegangen: „Die Generalversammlung ist mit den Bestrebungen der V. K. P. D., mit allen linksstehenden Parteien und Gewerkschaften eine Grundlage zu schaffen, um den Kampf gegen Erwerbslosigkeit, für Preisabbau und Produktionsgemeinschaft und gegen die immer mehr überhand nehmende Verelendung der Massen einheitlich führen zu können, einverstanden." Nach einer teilweise sehr erregten Aussprache wurde beschlossen, über diese Resolution nicht abzustimmen.

Infolge dieser letzten Vorkommnisse hat sich ein Teil der Versammlungsbesucher entfernt, so daß beim Schluß der Versammlung nur noch ein kleiner Teil der ziemlich gut besuchten Versammlung anwesend war.

Generalversammlung der Kofferarbeiter

Am 17. Februar hielt die Zahlstelle Dresden des Deutschen Holzarbeiterverbandes in den Sammelsälen ihre außerordentlich stattgefundene Generalversammlung ab.

Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß das erste Halbjahr 1920 unbefriedigt war. Von wirtschaftlichen Kämpfen der Kofferarbeiter war infolge der noch anhaltenden und steigenden Teuerung gezwungen, Lohnerhöhungen zu verlangen. Der größte Teil der Lohnbewegungen konnte auf dem Verhandlungswege durchgeführt werden, doch mußte auch zur Waffe des Streiks gegriffen werden, um den Forderungen Geltung zu verschaffen. Im Mai setzte in der Holzindustrie eine Krise ein, die an Schärfe und Ausdehnung alle früheren übertraf. Von 7000 Mitgliedern waren im Januar 1920 arbeitslos und in 345 Betrieben arbeiteten zirka 4000 Kollegen verkürzt bis zu 24 Stunden und weniger in der Woche. Die Durchführung des Tarifvertrages bereitete erhebliche Schwierigkeiten. Im Bereich der Zahlstelle waren 800 Betriebsratsmitglieder und 170 Obleute zu wählen. Es wird Aufgabe der neuen Gewerkschaftsleitung sein, die Kollegen für diese wichtige Aufgabe mit dem nötigen Willen durchzuführen.

Die Neuwahlen vollzogen sich ohne Reibung nach den von der Wahlvorbereitung gemachten Vorschlägen. Die Versammlung mußte noch Stellung zu dem bestehenden Gau- und Bezirksamt nehmen. Es sind sechs Delegierte zu wählen, die Versammlung stellte Doppelte so viel Kandidaten auf.

Erhöhter war es ihnen, daß Kollegen, die in einem Betrieb entlassen waren, in diesem ohne weiteres wieder in Arbeit treten konnten, wenn sie inzwischen keine andere Arbeitsstelle gehabt hatten. Durch einen über traditionellen Beschluß der Generalversammlung wurde in Zukunft jedes einzelne Mitglied unterrichtet, daß es bei der Vermittlung an der Arbeitsstelle, die Arbeiter entlassen, mußten die Mitgliederversammlung bis zum längsten eingeschriebenen Kollegen einhalten. Diese Arbeitsstellen waren nur als Entlassene im Sinne des Betriebsrates zu betrachten. Es ist zu hoffen, daß durch diese Weisung die Arbeitslosigkeit gleichmäßig auf alle Schultern verteilt wird.

Die Versammlung rief alle Kollegen zu regster Mitarbeit am Verbandsleben auf, damit im neuen Jahre die Interessen der Dresdner Holzarbeiter energisch vertreten werden können.

Die Lage des Kürschnerberufs

Der Deutsche Kürschnerverband warnt alle Eltern, deren schulentlassene Söhne den Kürschnerberuf erlernen wollen, vor einem vorzeitigen Lehrvertrags-Abschluß, ehe sie sich Auskunft haben erteilen lassen über den jetzigen und zukünftigen Wirtschaftsstand dieses Berufes. Das Kürschnergewerbe war bisher noch in der Lage, neu in den Beruf Eintretenden eine gesicherte Existenz zu gewährleisten. Inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt stark verschlechtert; selbst in den Monaten November und Dezember um der Zeitung waren Arbeitslose am Platze, die nicht vermittelt werden konnten, und für absehbare Zeit ist hierin auch keine Besserung zu erwarten. Den größten Prozentsatz der Erwerbslosen stellen Ausgelernte und jüngere Arbeitskräfte. Der Deutsche Kürschnerverband hält sich daher veranlaßt, auf diese Verhältnisse besonders hinzuweisen. Auskunft wird erteilt jeden Mittwoch, nachmittags von 4–6 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6, vom Emil Möbius, Dresden-Löbtau, Germanistraße 7, 2., und Emil Schönfeld, Dresden-Johannstadt, Türrschmidtstraße 32, 1.

Auch eine Gewerkschaft

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der bekanntlich Arbeitgeber in beträchtlicher Zahl zu seinen Mitgliedern zählt, behauptet stets, diese sogenannten U-Mitglieder, d. h. Unterstützende Mitglieder, nur aus Gerechtigkeitssinn zu verpflichten. Es wäre ungerecht, Mitgliedern, die durch Fleiß und mühevolle Arbeit zur Selbständigkeit gelangt sind, sämtliche durch jahrelange Verbandsangehörigkeit erworbenen Rechte zu nehmen.

Der Zentralverband der Angestellten ist allerdings anderer Meinung. Er behauptet, daß allein die Beiträge, die ja bei 10 000 U-Mitgliedern, so er sind es nur 2000, einen erheblichen Betrag ergeben, die wahre Veranlassung sind. Wie recht der Zentralverband hat, ist aus einigen Sätzen, die auf die Karteikarten der U-Mitglieder gedruckt sind, zu ersehen. Da heißt es: „Achtung! Die U-Mitglieder sind mit ausgesuchter Höflichkeit zu behandeln. Als Anrede benutze man stets: „Sehr geehrter Herr!" Vorsicht beim Verkehr vom Fernsprechen usw., daß deren Inhalt nicht verletzend wirkt."

Darüber hinaus zeigen diese Sätze, daß eine Angestelltengewerkschaft, die derartige Rücksicht nehmen muß, nie die wahren Interessen der Angestellten vertreten kann. Mögen der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit den Brustlöchern vollster Ueberzeugung sich immer weiter als die allein bestehende wahre Angestelltengewerkschaft bezeichnen, der Karteikarte Handlungsgehilfe wird mit Faust sagen:

„Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Der Lohnstreit in der Süßwarenindustrie

In dem Lohnstreit in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie tagte im Reichsarbeitsministerium ein besonderer Schlichtungsausschuß, der die in Vorverhandlungen vereinbarte Frage zu entscheiden hatte, ob seit der letzten Lohnfestsetzung (d. i. Ende September vorigen Jahres) eine wesentliche, eine Erhöhung der Tariflöhne bedingende Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne des § 25 des Tarifs gegeben ist. Der Schlichtungsausschuß hat diese Frage verneint. Den Parteien wurde jedoch vom Vorsitzenden anheim gegeben, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern in Rücksicht auf die immerhin eingetretene, wenn auch nicht wesentliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten den Arbeitnehmern für die erste Hälfte des laufenden Vierteljahres durch Gewährung eines kleinen Lohnzuschlags Entgegenkommen zu zeigen.

Der Ausstand der Straßenbahner im rheinisch-westfälischen Industriegebiet dauert fort. Die Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich waren erfolglos, da die Arbeitnehmer auf der Durchführung des Schiedsspruches bestehen, während die Arbeitgeber erklären, daß die Lohnsätze nicht vom ihnen getragen werden können.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter, herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband in Berlin, ist jetzt Heft 2 des 16. Jahrganges für Februar 1921 erschienen. Es enthält reich illustrierte Beiträge über neue Kunstarmbeine, das Wärmehaus, den Flügel, die Kraftübertragung bei der Wäschemangel usw. Das Fachblatt erscheint am 15. jedes Monats und kostet vierteljährlich 5 M.

Sport • Spiel • Körperpflege

Augen auf!

Die Agitatoren im Lager der bürgerlichen Sportorganisationen versuchen mit allen Mitteln an die Arbeiterjugend heranzukommen. Die Arbeiterfreundlichkeiten, die aus den Politikerkreisen für die bürgerlichen Sportorganisationen herausklingen, sind geradezu rührend. Jeder Arbeiter ist uns herzlich willkommen! Wir erstreben ein gemeinsames Ziel! Wir sind die Arbeiter des wahren Glücks und der Freiheit! Ja, sogar von Sozialismus redet man. Daß diese Redereien weiter nichts als große Flunkereien sind, das weiß die organisierte Arbeiterschaft sehr genau. Ihr sind die Taten der bürgerlichen Sportbetriebschaften aus der Vorkriegszeit zu gut bekannt. Sie waren es ja, die es verhinderten, daß den organisierten Arbeiterturnern und -sportlern Spielplätze und Turnhallen zur Benutzung überlassen wurden, sie waren es, die die organisierten Arbeiter als vaterlandslose Gesellen verschrien, sie waren es, die die organisierten Arbeiter aus ihren Reihen stießen. Eitle Heuchelei ist es, wenn heute die bürgerlichen Sportlerkreise mit hochtrabenden Redereien, um Mitglieder zu fangen, sich an die organisierte Arbeiterschaft wenden, und Falschheit ist es, wenn die Herren behaupten, in ihren Verbänden seien viel organisierte Arbeiter. Arbeiterturner und Arbeitersportler, zur Wehr wider derartige Flunkerei, Heuchelei und Falschheit; kennt ihr organisierte Arbeiter, die sich noch in bürgerlichen Sportverbänden tummeln, dann haltet ihnen vor Augen, was wiederholt auf Arbeiterkongressen beschlossen wurde: Es ist eines Arbeiters unwürdig, Mitglied einer bürgerlichen Sportorganisation zu sein.

An die sächsischen Arbeiterturner und Arbeitersportler ergeht noch ganz besonders der Ruf, mit vollen Kräften für das 2. Kreisfest am 6., 7. und 8. August zu werben. Dieses Fest soll einmal das Leben und Streben der Arbeiterturner und Arbeitersportler zeigen, von denen die Gegner in einem fort behaupten, daß ihnen ihr Turnen, Sport und Spiel nur Nebensache ist. Dieses Fest muß eine wuchtige Demonstration werden. Turner nochmals: Werdt mit vollen Kräften!

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. 4. Gruppe. Donnerstag den 24. Februar im Gasthof Pannewitz Versammlung der Fußballabteilung. Nach dieser Spielerfitzung der Bannewitzer Fußballspieler.

Bezirk Dresden. Der Bezirkstag findet Sonntag den 27. Februar im Dresdner Volkshaus, vormittags 9 Uhr, statt. Die Tagesordnung ist von ganz besonderer Wichtigkeit, deshalb müssen alle Vereine zahlreich vertreten sein.

Kreisfußballresultate vom 20. Februar. Cotta I – Plauen I 8 : 3. Cotta I (Jug.) – Neustadt I (Jug.) 4 : 0. Kadig I – Neustadt I 7 : 2 (Pokal). Kadig II – Friedrichstadt II 7 : 3 (Pokal). Reichen Ib – Friedrichstadt I 7 : 4. — 4. Gruppe. Schlagballresultate vom 20. Februar. Kappien – Hämchen 61 : 28. Kappien – Weißschule 41 : 38. Weißschule – Hämchen 79 : 27. — Fußballresultate vom Sonntag. Bannewitz II – Sturm II 1 : 3 (Pokal). Bannewitz I – Deßig I 4 : 7. Kadig I (Jug.) – Mickenbrode I (Jug.) 0 : 1. Kadig II – Reichen III 0 : 1.

9. Bezirk (Plauenscher Grund-Freiberg). Es sei hiermit nochmals auf unser am Sonnabend den 26. Februar stattfindendes Gauschauturnen in Kleinnaundorf aufmerksam gemacht. Dasselbe beginnt aber erst um 8 Uhr, nicht 5 Uhr, wie auf dem Zirkular steht. Kampfrichter und der gesamte Turnausschuß, auch Turngemeinde Marsdorf, Freiberg und Bildhauer, Schmiedeberg, erscheinen pünktlich um 5 Uhr. Dringende Sitzung.

Mitglieder des städtischen Ausschusses für Leibesübung treten sich am Freitag den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Stadt-Wirtshaus.

Der Schwimmverein Deuben hat einem Antrage gemäß beschlossen, dem Arbeiter-Wassersportverband beizutreten. Vereinslokal: Augustabad Deuben, Lange Straße.

Touristenverein Die Naturfreunde. Ortsgruppe Pannewitz. 26. Februar: Geselliger Beisammensein. — Dresden. 24. Februar: Orientalischer Lichtbildervortrag in der Reichskrone. Bühlau: Der Schwarzwald. Beginn 7½ Uhr. Eintritt 1 M. Gäste willkommen. — Wintersportriegen. 26. Februar, 8 Uhr: Geselliger Abend. — Jugendabteilung Gruppe Altstadt. 25. Februar: Vortrag über Winterwanderungen. — Deuben. 21. Februar: Musikalische Unterhaltung. — Pennigerstichsten. 27. Februar: Zusammenkunft im Vereinslokal. — Heidenau. 24. Februar: Naturwissenschaftlicher Vortrag. — Pirna-Copitz. 24. Februar: Oeffentlicher Lichtbildervortrag im Erbgericht zu Copitz: Die Schönheit der Lausitzer Landschaft. Die Umgebung Bautzens. Beginn 8 Uhr. — 26. Februar: Sonnabend-Nachtwanderung der Führerriegen nach dem Kleinen Barenstein. Abmarsch 7 Uhr vom Goldenen Engel.

Modellwettfliegen in Kadig. Sonntag den 13. Februar, 10 Uhr vormittags, fand in der städtischen Turnhalle das erste Modellwettfliegen des Flugtechnischen Vereins Dresden in diesem Jahre statt. Eine stattliche Anzahl Zuschauer hatte sich dazu eingefunden. Am Start waren elf Modelle erschienen. Es wurde ein Zeitflug und Streckenflug für Hand- und Motormaschinen ausgeschrieben. Die fein sauber ausgeführten Modelle waren alle motorpannumaschine Eindecker, nur der einer Konkurrenz fliegende Eindecker vom Herrn Franke war doppelt. Es gelangten folgende Preise zur Verteilung: 1. Gebrüder Starr: Gebrüder 50 20 Meter (20 M.); 2. Hambrecht: Schoge 61 Meter (15 M.); 3. Zeitflug: 1. Lamar, 2. Schoge, 3. Gebrüder (20, 15, 10 M.); 4. Konstruktionspreis: Wunderlich (20 M.); 5. Ermunterungspreise: Schmiedel, Kade (je 10 M.).

Briefkasten

O. A., Colmnitz. Es handelt sich in Ihrem Falle wohl um eine Mitwirkerung wegen einer bedeutenden Erhöhung der Grundsteuer. Ihre Angaben erscheinen aber noch keine Beantwortung. Es wird in diesem Falle wohl überhaupt nicht zu umgehen sein, die Entscheidung des Vereinigungsamtes anzurufen, das sich bei der Amtshauptmannschaft befindet.

J. L., Fürstenstraße. Ihre Schilderung steht mit unserer Angabe, daß auf besonderen Wunsch ein Nachbararzt zugewiesen wird, nicht in Widerspruch. Sie waren in der Inanspruchnahme des Nachbararztes nur dadurch behindert, daß er Ihre Wohnung nicht aufsuchen konnte. Das war ein bedauerlicher Umstand, den die Ortskrankenkasse allerdings hätte durch Ueberweisung an einen andern Nachbararzt berücksichtigen sollen.

K. G. Die Zahl der Orte, die für die Einverleibung in Frage kommen, steht noch nicht sicher fest. In Betracht kommen neben Bautzen, Leipzig und Berner Hirsch noch Bühlau, Radwitz, Leipzig, Leuben, Laubegast, Gittersee, Briesnitz, Kemnitz, Dobritz, Kaitz, Zschachwitz und noch einige andere Orte. Einige Orte werden schon am 1. April einverleibt sein, bei anderen dürften sich die Verhandlungen noch bis in den Sommer hinziehen.

Volks-Opernchor
Leitung: Kapellmeister Felix Petrenz

Die Kunst fürs Volk, — Das Volk für die Kunst

durch Betätigung des Volkes selbst an der Darstellung klassischer Bühnenwerke der Oper, das ist Ziel und Zweck des Volks-Opernchores. Kunst-Erziehung durch Studium der Meisterwerke der musikdramatischen Kunst ins Volk zu tragen, um Verständnis für die Schönheiten der Opern-Literatur zu wecken und zu pflegen. Jeden Monat ist eine Opern-Aufführung mit dem Dresdner Philharmonischen Orchester geplant, zu welcher die Mitwirkenden des Volks-Opernchores ermäßigte Eintrittskarten erhalten.

Übungen: Mittwochs u. Sonnabends 8½–10 Uhr abends in der Opernschule Petrenz, Albrechtstraße 41
Wochenbeitrag 1 Mark

Anmeldung und Aufnahme:
Dienstags und Freitags, abends 8½ Uhr, Albrechtstraße 41.

1. Aufführung:
Sonntag, 27. Februar, im Albert-Theater, Der Evangelimann.

Die Herren Müller-, Lehmann-Kunden
bei allen ja auf Ueberreiter.
Die Nasen sind nicht alle gleich,
Die eine hart, die andre weich,
Die eine dick, die andre dünn,
Bei andern ist kaum Knochen drin.
Die Frage „Hat mein Klemmer Sitz?"
Findet die Antwort nicht im Schreiben,
Fachmannes Arbeit muß es sein.
Guter Sitz
Gutes Sehen! Wir liefern Maßarbeit.
OPTIKER GEBRÜDER Roettig
GEGRÜNDET 1825
DRESDEN, PRAGERSTR. No 23

Für den Genuß
Ziezi Zigaretten
Monopol Dresden

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager
gerahmter und ungerahmter
Kunstblätter
als hübschen Zimmerschmuck
Volksbuchhandlung, Wettinerpl. 10

Leben · Wissen · Kunst

Die Nann

9. Ein Volksroman von Anna Croissant-Rust

„Sie ischt okrat wie ser Muatter," sagte der Anderl einmal zur Juli.

„Ja, wie der Vobe nit, des hab ich ja," antwortete Juli, aber Anderl verstand kein Wort davon; er plagte auch seinen Kopf nicht gern, wozu denn? Wenn man sowieso seinen Körper so plagen mußte!

Dafür sorgte der Vater schon, daß man nicht feiern konnte, dem war's nie genug, was sie arbeiteten.

„Wart du nur, bis du einrucken muaschst!" drohte ihm der Vater oft. Schlagen mochte der Kuchler den baumlangen Kerl nicht mehr, aber Wütze setzte es noch immer. Die reußten zwar an ihm ab, wenn er nur genug zu essen bekam! Das Essen war jetzt etwas besser geworden, der Vater gab mehr her, schon aus Angst, daß das Lutsele darunter leiden müsse.

Wie's aber in der Kaserne gehen würde mit der Kost? Anderl hegte große Befürchtungen und hatte schon oft Zwiesprache gehalten mit Kerschei, aber Kerschei wußte ihm keinen Rat; es stand und sah traurig die Wand an, und wenn er vom Fortgehen, vom Abschiednehmen sprach und dabei gluckste und schluchzte, fließ die kleine braune Kuh ein klägliches Muh, muh aus, daß Anderl vor Mitleid mit sich fast vergangen wäre.

Die Nann war sechs Jahre alt geworden, ein großes, schlankes, rasches Ding, als Anderls Zeit herbeikam. Das war ein Ereignis fürs Kuchlerhaus! Der Alte hatte sogar etwas eingekauft und eine Nähterin* bestellt, die dem Anderl ein paar Wäsche machen sollte und — es hatte vieles Bitten gekostet — die der Juli aus Mariettas Kleidern ein neues zurechtnähen und der Nann eines herrichten durfte, weil das Kind doch von der Schule aus des Sonntags in die Kirche gehen mußte.

Die Nann zitterte vor Aufregung. Ein fremder Mensch kam ins Haus, sie kriegte ein Kleid! Etwa wie ein anderes Kind den Christbaum, so erwartete die Nann die Näherin, und als sie da war, wurde sie nicht müde mit Fragen; den ganzen Tag saß sie neben der Alten, von der Schule, der Kirche, den Kindern, dem Lehrer, den Büchern, dem Dorf, von allem wollte sie wissen. Es hatte ihr ja niemand Antwort gegeben, wenn sie fragte, höchstens Andekl, und der hörte aus Faulheit bald wieder auf. Die Alte, die mit einer Nähmaschine und einer großen Tabakspfeife, die sie unter dem Nähen fast in Brand erhielt, angerückt war, konnte sich nicht genug wundern über das Kind, das wie ein zwitscherndes buntes Vöglein neben ihr saß. Sie machte der Nann einen derben roten Wollrock und ein blaues Kleidchen. Als Nann den roten Wollrock und „das Neue" anhatte, erstarrte sie vor Vergnügen und Aufregung. Das ging jetzt wohl so fort im Leben? Es kam immer schöner, und das war nur der Anfang? Sie brannte darauf, in die Schule zu kommen, sie konnte den Tag nicht erwarten!

Als Anderl mit seinem Bündel abzog, ziemlich ungeduldet, denn der schwerste Abschied, der von Kerschei, lag bereits hinter ihm, rannte ihm die Nann in ihrem kurzen roten Wollröcklein nach. Die Juli mußte ins Dorf, um einzukaufen, und begleitete ihn. Vom Vater hatte sie das erfragt und ihr neues Kleid dazu angezogen, dunkelrot war's, und die Nann glaubte, noch nie etwas so Schönes gesehen zu haben! Ein Stück Weges mußte sie wenigstens mitgehen, mochte der Vater droben auch schreien und pfeifen, ein Teilchen von der Welt mußte sie sehen, die sie nun bald jeden Tag sehen durfte.

Wiesen sie die Geschwister zurück, so blieb sie wohl einen Augenblick stehen, um gleich darauf wieder nachzulaufen, wie ein kleiner Hund, den man zurückscheucht, der aber immer wieder nachfolgt. Ihre Schläge bekam sie so wie so, ob sie jetzt ein Stück weiter mitging oder nicht, und da waren sie ja schon in Welfein. Hier machte Anderl Halt. Sollte er nicht heute, wo er für so lange Zeit weggeht, einkehren? Bis jetzt hatte er immer nur einen scheuen Gruß hineingeschickt, wenn er vorbeiging, aber die Walseinerin hatte ihm stets so fröhlich zugenickt, und heute war Samstag und die Nudeln dufteten zu köstlich — er trat ein. Die Juli blieb starrköpfig und mit klopfendem Herzen stehen, sie sah nicht einmal, daß die Nann, ganz vorsichtig, ganz dünn, ganz klein, wie ein geschmeidiges Kätzchen auch mit durchgeschlüpft war. Drinnen hörte sie fröhlich plaudern und lachen, unwillkürlich machte sie einen Schritt auf das Haus zu, hielt aber gleich wieder inne, weil die Walseinerin heraustrat.

„So geh doch einer," Juli," sagte sie, „mir fressen di nit, und der Vater wird die aa nit fressen," dabei bot sie ihr die Hand, und Juli stotterte nur: „Sechs Jahr sein's glei'!"

„Ja, wie die Zeit vergeht!" wunderte sich die Walseinerin, „ischt der Hansi scho' achtzehne und du scho' neunzehne."

Der Hansi! Juli brachte kein Wort heraus, als er ihr die Hand gab; er saß mit dem Walseiner und mit Anderl am Tisch, sie tranken Wein, und Juli mußte auch mittrinken. Verstohlen sah sie nach Hansi. Wie war er so kräftig geworden! Wie ein Waldbaum, und der Walseiner dachte sich wohl das gleiche wie die Juli, als er die beiden Buben anschaute, der würde einen andern Soldaten abgeben wie Anderl! Seine Augen blitzten, und wenn er lachte, das tat gut, so frisch und ehrlich war's. Die kleine Nann in ihren roten Wollröcklein, mit den staubigen Füßlein hielt er auf dem Schoß.

„Jetzt hab' i's amal, des Vogerl, des allweil so schön g'sungen hat!" sagte er, „jetzt werd' i's glei' einsperren und ganz dab'halten."

Die Nann war gar nicht scheu, ganz so behagte es ihr, sie nickte sogar ernsthaft zu Hansis Vorschlag: „Ja, sperr mi nur ein und lern mit neue Liedlen!"

Alle lachten. „Was ischt sie für a sauhers Diandl worden, so weiß und rot ischt sie," wunderte sich die Walseinerin.

Die Juli zerrte das Kind am Rock. „Geh awer," sagte sie zur Nann, und zu Hansi: „sie macht di decht dreckig."

Doch Hansi hörte gar nicht darauf, er schwang das Vöglein in die Luft, daß es vor Freude schrie. „Kimmscht jetzt aa diemal* einer, Nann, baldst in d' Schual gehst?"

Sie nickte wieder ernsthaft und schaute sich ernsthaft in der Stube um; da gefiel's ihr, da kam sie freilich öfter! Sie hätte beinahe revoltiert, als die Juli zum Fortgehen mahnte.

Anderls Bündel war um ein beträchtliches schwerer geworden, und mit einem herzlichen „Vergelt's Gott tausendmal!" nahm er Abschied.

Die Nann zog den großen Hansi noch ein paar Schritte mit aufwärts, und immer plagte sie ihn: „Du muaßt mir Liedlen lernen, du muaßt mit mir spiel'n." Sie war ganz aufgeregt von all dem Neuen und hatte glänzende Augen und dunkelrote Backen, aber als Hansi umkehren wollte, fing sie an zu schluchzen.

(Fortsetzung folgt.)

* Näherin. * Hereinkommen. * manchmal.

Bunte Chronik

Die mild gewordene Zensur. Eine Fülle von Druckwerken ist in jüngster Zeit von der Zensur beschlagnahmt worden, und diese Behörden entfalten eine geradezu fieberhafte Tätigkeit. Ein besonders berufener Sachverständiger, der Direktor der Deutschen Bücherei, Prof. Georg Minde-Pouet, nimmt nun zu dieser Frage Stellung. „Es unterliegt keinem Zweifel," schreibt er, „daß das Schrifttum unserer Zeit wieder den Kampf gegen die Schund- und Schmutzliteratur herausgefordert hat und daß eine ganze Menge von Druckschriften mit Recht beschlagnahmt und konfisziert wurde. Ja, wenn die Herren Staatsanwälte dieses Reinemachen mit mehr System und Sachkenntnis betrieben, würden ihre Besen viel mehr Schmutz hinauskehren können. Sie wissen nicht, wie sie diesem den ihnen verfolgten Büchern beikommen können, spüren sie, mit Hilfe von Denunzianten, meistens erst auf, nachdem der größte Teil der Auflage abgesetzt und in sicherem Gewahrsam ist und weisen durch ihr Vorgehen erst auf Bücher hin, die die große Masse gänzlich unbeachtet lassen würde. Solche Bücher haben nun als konfiszierte einen Reiz, sogar einen Sammelwert erhalten, sind erheblich im Preise gestiegen und erleben unzweifelhaft später einen Neudruck — und das alles, weil sich der Herr Staatsanwalt einmal mit ihnen befaßt hat. Ein paar schmutzige Bücher sind dem offenen Handel entzogen und gehen nun in den viel einträglicheren geheimen über, und die große Menge dieser Literaturgattung wuchert ungefährdet weiter." Minde-Pouet wendet sich aber gegen die Beschlagnahme von berühmten Werken der Weltliteratur, wie sie jetzt erfolgt ist, und klagt den „milden Konfiskationsgriff" an: „Wenn er selbst vor Werken nicht zurückschreckt, die seit Jahrhunderten, ja seit einem Jahrtausend als Kunstwerke gelten, die ein Goethe als „höchste Kunst und Kultur" gepriesen hat, wenn ihm Dichter wie Longus, Lukian, Ovid, Boccaccio, Goethe, Schiller, Lützer, Keller, Verlaine, Künstler wie Corinth, Geiger, Klinger und Christophe seine Bedenken verursachen, wenn der Staatsanwalt sich nicht scheut, wie im Falle der Bücher des Verlages Georg Müller in München, Zollaufseher zu Zensoren zu bestellen, dann liegt eine Verhöhnung der künstlerischen Freiheit vor, die uns gebietet, gegen jede Gewaltmaßnahmen eines wilden Konfiskationsgeistes zu protestieren. Die Lustmörder, die der Tod der lebendigen Kunst sein muß, auf der einen, der Zensor, der den Bazel schwingt, auf der andern, das sind monströs erdrückende Perspektiven in die Zukunft!" Der Verfasser fordert, daß bei dem neuen Gesetz zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur das Zensoramt nicht in die Hand des Staatsanwalts, sondern eines künstlerischen Fachmannes, vielleicht des Reichskunstwarts, gelegt wird.

Die russischen Kronjuwelen. Die russischen Kronjuwelen sind in den letzten Jahren ein Gegenstand umfangreicher Spekulationen gewesen. Bald erzählt man, daß sie von den Bolschewisten nach Moskau gesandt und dann wieder, daß sie nach Amerika geschmuggelt worden seien, und wußte ungeheure Preise anzugeben, die für sie gezahlt worden. Wie jetzt in der Daily News mitgeteilt wird, haben sich aber die weltberühmten Juwelen der Romanows seit dem Dezember 1914 bis ganz vor kurzem ruhig und unangetastet in sicherem Gewahrsam in Stockholm befunden. Der Zar ließ sie Ende des Jahres 1914 nach der schwedischen Hauptstadt bringen, weil sie ihm in Petersburg nicht mehr sicher genug waren. Sie sollen nunmehr einem der früheren Großfürsten ausgehändigt worden sein, der sie als Vertreter der Zarenfamilie in Empfang nahm.

Neue Bücher

N. Kjellén: Die Großmächte und die Weltkrise. Teubners Verlag, Leipzig u. Berlin 1921. — Rudolf Kjellén ist als ausgeprägter schwedischer Deutschenfreund, als Verfechter eines gemäßigten Imperialismus auf dialog. Grundlage, als glänzender Porträtist der „Großmächte der Gegenwart" während des Krieges in Deutschland viel gelesen worden. Besonders das obengenanntes Buch, das die großen Staaten unter den Gesichtspunkten des Landes, des Volkscharakters, des Wirtschaftslebens und der Herrschaftsform behandelte, betrachtetes Aufsehen. Jetzt soll dieses Werk unter dem Titel „Die Großmächte und die Weltkrise" das veränderte Bild des Planeten nach dem Weltkriege entwerfen. Sein Verlauf wird nach den Momenten der Auflösung und des Aufmarsches der Mächte, seiner Ausbreitung und Steigerung und des Friedensschlusses in skizzenhafter Dramatik gezeichnet. Bei der Betrachtung der Großmächte nach dem Weltkriege wird ein Kapitel den „gefallenen" Großmächten, ein andres den Siegerstaaten gewidmet. Kjellén hatte bei seiner früheren Betrachtungsweise Weltmächte unter den Großmächten herausgehoben. Zwei Weltmächte, Rußland und Deutschland, sind in ihrer Reife und zugleich aus der der Großmächte für den Augenblick ausgeschaltet. Eine trübere Großmacht, Österreich-Ungarn, ist endgültig tot, eine Hoffnung dieser einzigen Auferstehung besteht. Ich die Sistem der Weltpolitik nach dem Kriege stellen sich dar: drei Weltmächte, Amerika, England und Japan, zwei Großmächte, Frankreich und Italien, beherrschen wie die früheren acht Großmächte die Lage. Zieht man in Betracht, daß unter den Weltmächten Japan erst in den Anfängen seines Aufstieges ist und faßt man mit Kjellén England und Amerika als angelsächsische Weltmacht zusammen, so ist die Weltherrschaft der Angelsachsen das klare Resultat des Weltkrieges.

Besonderes Interesse muß es erwecken, wie sich Kjellén, der Prophet einer deutschen Führerschaft über Europa, mit den Gründen des deutschen Zusammenbruchs abzufinden sucht. Seine Stellungnahme trägt hier den Stempel eines nicht — deutschen Konservativen und eines Imperialisten, dessen Gesichtskreis über die Enge unsres Nationalstaates hinausgeht. Er sieht die Ursachen des alten Obrigkeitsstaates und der Vorherrschaft des Militärs in der Politik an der Niederlage ein, will aber andrerseits das Versagen der unpolitischen und unrealistischen deutschen Volksmasse für die Katastrophe verantwortlich machen. In der Prognose sieht er für Deutschland eine lediglich kulturpolitische neben der weltpolitischen Rolle Englands, etwa im Sinne des alten Griechenlandes neben dem alten Rom, für möglich, er spricht jedoch auch von noch verborgenen Kräften, die sich im deutschen Charakter zu regen können.

Man wird aus diesen wenigen Andeutungen erkennen, daß Kjellénns Denken ganz von machtpolitischen Gesichtspunkten beherrscht ist. Für die sozialen und wirtschaftlichen Bewegungen für die Weltkrise als revolutionären Prozeß im Sinne eines materialistischen Denkens, hat er wenigen Blick. Er kennt nur die Geschichte im Längsschnitt der miteinander ringenden Imperien, nicht im Querschnitt der sich bekämpfenden Wirtschaftsgruppen und Klassen. Kein Wunder, daß man daher bei ihm über die russische Entwicklung nur flüchtige Bemerkungen findet. Man wird seine Diagnose und Prognose der Weltkrise als zutreffend anerkennen müssen, soweit es sich in ihr um einen rein außenpolitischen Machtkampf gehandelt hat. Die revolutionären Kräfte gerade in den „gefallenen" Großmächten können aber das von ihm gezeichnete Weltbild erheblich verändern. Jedenfalls wird die zukünftige Weltlage im Zeichen der Auseinandersetzung der kapitalistischen Imperialismen mit Großmächten, wie Sozialismus, internationale Gewerkschaften usw., stehen. Und auch die Geschichtsbetrachtung wird dann nicht nur auf den durchaus nicht abgeschlossenen Wettkampf der Staaten, sondern mehr noch als früher auf die sozialen Bewegungen zu richten haben. Vom Privatdozent Dr. E. Marx.

Verbandstag der Musiker

Zur Frage der Militärmusikerkonkurrenz wurde am Freitag einstimmig eine Resolution angenommen, deren wesentlichster Inhalt folgender ist:

„Der Reichswehrminister hat am 27. und 28. Januar 1920 im Reichstage erklärt, wegen der Schädigung der Zivilmusiker durch die Militärmusiker müsse eine Verständigung zwischen den Militärbehörden und den Zivilmusikern herbeigeführt werden. Ein Verbot des gewerblichen Spielens der Militärmusiker sei aus nationalen Gründen nicht angängig. Demgegenüber stellt der Verbandstag fest, daß der Deutsche Musikerverband mit dem Reichswehrministerium wiederholt verhandelt und Vereinbarungen herbeigeführt hat, mit denen sich die Zivilmusiker abfinden konnten, obwohl ihre berechtigten Forderungen nur ungenügend berücksichtigt wurden. Leider hat das Reichswehrministerium diese unter seiner Mitwirkung zustandegekommenen Vereinbarungen vom 15. Februar und 7. Oktober 1920 trotz Zusage nicht in Kraft gesetzt, sondern eine wertlose Verordnung vom 21. Oktober 1920 erlassen. Nach diesen Erfahrungen, und da das Reichswehrministerium der Einladung zu diesem Verbandstage nicht Folge gegeben hat, ist auf eine Vereinbarung nicht mehr zu hoffen. Der Verbandstag erhebt deshalb aufs neue die Forderung nach dem Verbot des gewerblichen Spielens der Militärkapellen und macht es den Trägern des Verbandes zur Pflicht, mit allen — auch allen gewerkschaftlichen — Mitteln diese Forderung durchzuführen."

Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde der Neuwahl des Verbandes vorgenommen. Sie ergab die fast einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder: Jouth (1. Vorsitzender), Priegel (1. Sekretär), Blanschefski (Kassierer), Moh (2. Beisitzer).

In einer Abendsitzung wurden die Statutenberatung und andere Angelegenheiten ohne allgemeines Interesse erledigt und dann der Verbandstag geschlossen.

Jahres-Vertreterversammlung der Bauarbeiter

Der Zweigverein Dresden des Deutschen Bauarbeiterverbandes hielt am 13. Februar im Volkshaus die Jahres-Vertreterversammlung ab.

Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Das verflossene Jahr kann in wirtschaftlicher Beziehung nicht befriedigen. Im Bauen von Wohnungen war ein vollständiger Stillstand eingetreten. Die Bemühungen zur Behebung der Notlage bei der Landesregierung und dem Rat zu Dresden hatten nur bei diesem einen positiven Erfolg. Durch Bewilligung von 40 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen wurde für die Kollegen Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Der höchste Stand der Erwerbslosenziffer mit 2343 Kollegen war am 28. September zu verzeichnen. Sie sank am 30. Oktober auf 1020 und erreichte bereits am 24. Dezember schon wieder 1983 Kollegen. Das ganze verflossene Jahr war eine Lohnbewegung. Zu allen Abschlüssen über Lohnerhöhungen mußte ein Schiedsgericht angerufen werden. Bei den Verhandlungen ist es oft zu scharfen Zusammenstößen gekommen. Es war möglich, den Lohn im Jahre 1920 von 3.25 M. auf 6.70 M. für Maurer und von 3.15 M. auf 6.45 M. für Hilfsarbeiter heraufzusetzen. Die angestrebte Gleichstellung der Tiefbauarbeiterlöhne mit denen der Baufacharbeiter wurde erreicht und damit der langgehegte Wunsch der Tiefbauarbeiter erfüllt. Im Berichtsjahre waren nicht weniger als 345 Differenzen zu erledigen, davon 14 durch die Aufsichtsbehörde, 7 vor dem Gewerbegericht, 12 vor dem gesetzlichen Schlichtungsausschuß, 13 vor der tariflichen Schlichtungskommission und 9 vor dem Tarifamt. Der Erfolg war bei allen Klagen positiv bis auf zwei, die wegen unrichtiger Angaben zurückgezogen werden mußten. Neben der Erledigung dieser Differenzen mußten noch eine große Anzahl von Auskünften erteilt und Gesuche aller Art schriftlich angefertigt werden. Zur Durchführung der Tarifverträge machten sich 10 Streiks mit 400 Beteiligten an 4002½ Streiktagen notwendig. Ausgegeben wurden dafür 68 913,80 M. In andern Betrieben waren unsre Kollegen bei 21 Streiks in Mitleidenschaft gezogen worden. Beteiligt daran waren 172 Kollegen an 1563 Tagen mit einer Summe von 19 663,75 M. Nicht weniger als 291 Versammlungen und Sitzungen sind abgehalten worden. Um die Totalisierung vorwärts zu treiben, wurde Anfang dieses Jahres gemeinsam mit dem Zimmerern die Baugemeinschaft „Grundstein" ins Leben gerufen, die sich zwar langsam, aber stetig entwickelt. Ihr gehören bereits 650 Mitglieder mit einem Einlagekapital von 180 000 M. an. Mit den Lohnerhöhungen der Bauarbeiter gingen auch die Löhne der Fliesenleger, der Asfalteure und Steinholzleger und der Stuckateure konform. Eine andre Forderung der Bauarbeiter, die Anstellung einiger Kollegen als Bauaufseher, ist für die Stadt Dresden erfüllt worden. Die Mitgliederzahl ging von 11 664 auf 10 382 zurück, weil bei der Erhöhung der Beiträge ein großer Teil der Mitglieder im andre, für sie eigentlich zuständige Organisationen übergetreten ist. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 881 796,37 M., die Ausgabe 802 903,38 M., daß ein Kassenbestand von 78 891,99 M. verbleibt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 770 244,19 M., die Ausgabe 462 509,78 M., daß ein Lokalkassenbestand von 307 734,41 M. verbleibt.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht bewegte sich durchaus in sachlichen Grenzen. Ein Antrag, daß die Vertreterversammlung sich mit dem Ausschluß der Kollegen Brandt, Heckert und Buchmann und mit dem offenen Brief der V. K. P. D. beschäftigen soll, fand nicht die genügende Unterstützung. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Die von einer Statutenberatungskommission vorgeschlagenen Aenderungen zum Ortsstatut wurden angenommen. Abgelehnt gegen ein Antrag Köpschenbroda, nach welchem diejenigen Kollegen, die länger als ein Jahr nicht mehr im Beruf tätig sind, den Vorstand, einen Ausschuß und der Vertreterversammlung nicht mehr angehören dürfen, wurde der Antrag, die Vertreterzahl zu erhöhen, zurückgestellt.

Nach einem kurzen Bericht über den Stand der Baugemeinschaft „Grundstein" wurde einem Antrag grundsätzlich zugestimmt, der die Ablieferung von 10 Pf. von jedem geleisteten Lohnstundenlohn an die Baugemeinschaft „Grundstein" vorsieht; zur endgültigen Klärung soll er aber noch einmal den Bezirksversammlungen unterbreitet werden.

Die Angestellten wurden einstimmig wiedergewählt, ebenso der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung.

Die Beiträge setzte man statutengemäß fest und erteilte der Ausschuß die Ermächtigung, bei eventuellen Veränderungen des Lohnes die Beiträge nach dem Statut selbst festzusetzen.

Der Vorsitzende stellte den sachlichen Verlauf der Vertreterversammlung, trotz den verschiedenen politischen Auffassungen, fest und schloß sie mit dem Wunsche, daß es auch fernerhin so streben möge zum Nutzen der im Bauarbeiterverband organisierten Kollegen und der Arbeiterschaft überhaupt.

Quittung. 6. Unterbezirk. Für den Wahlfonds: 30 M. Tanztour, Stiftungsfest der Gruppe Cotta durch Nahbardt, 4 M. durch Bauer, Deuben. A. Bombach.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A.
Für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Sachsen & Comp. Dresden.